

Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 2013

Hamburger Lebensversicherung Aktiengesellschaft,
Wiesbaden

Bericht
über das Geschäftsjahr
2013

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	<u>Seite</u>
VERWALTUNGSORGANE.....	1
LAGEBERICHT DER HAMBURGER LEBENSVERSICHERUNG AG	2
BERICHT DES VORSTANDES	2
RISIKEN DER KÜNFTIGEN GESCHÄFTSENTWICKLUNG	9
AUSBLICK	20
JAHRESABSCHLUSS	26
JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2013	26
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2013.....	28
ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2013	30
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	30
Erläuterung zur Jahresbilanz	33
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	40
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS	42
ERGEBNISVERWENDUNGSVORSCHLAG.....	43
BERICHT DES AUFSICHTSRATS	44
ÜBERSCHUSSBETEILIGUNG FÜR DAS JAHR 2014	45

Hamburger Lebensversicherung
Aktiengesellschaft
65189 Wiesbaden, Abraham-Lincoln-Park 1

Verwaltungsorgane

Aufsichtsrat

Paul Kerst Medendorp

Vorsitzender

Mitglied des Executive Board der Delta Lloyd N.V., Amsterdam

Sven Williamson (ausgeschieden zum 11. September 2013)

Stv. Vorsitzender

Direktor Planung, Controlling & Aktuariat Delta Lloyd Schadeverzekeringen N.V., Amsterdam

Prof. Dr. Elmar Helten

Stv. Vorsitzender (mit Wirkung zum 28. November 2013)

Universitätsprofessor emeritiert, Starnberg

Peter Paul Boon (mit Wirkung zum 14. Oktober 2013)

Direktor Tax Delta Lloyd N.V., Amsterdam

Vorstand

Christof W. Göldi

Vorsitzender des Vorstandes

Controlling/

Unternehmensplanung

Personal

Direktionssekretariat

Revision

Konzernkommunikation

Informationstechnologie

Recht und Steuern

Kundendienst

Risikomanagement

Heinz-Jürgen Roppertz

Ordentliches Vorstandsmitglied

Aktuariat

Rechnungswesen

Grundbesitz

Kapitalanlagen

Hypothesen

Lagebericht der Hamburger Lebensversicherung AG

Bericht des Vorstandes

Wirtschaftliche Entwicklung

Nach einer Schätzung des Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie weiterer Konjunkturforscher kann für das Jahr 2013 von einem weltweiten realen BIP-Wachstum von rund 2,9 Prozent ausgegangen werden. Im Vergleich zum Vorjahr, in dem noch ein Wachstum von 3,2 Prozent erzielt werden konnte, hat die weltweite konjunkturelle Entwicklung leicht an Dynamik und Schwung verloren. Während sich das Wachstum der Schwellenländer auf recht hohem Niveau leicht abgeschwächt hat, wurde die positive konjunkturelle Entwicklung der Weltkonjunktur auch wieder verstärkter durch die Industrieländer gestützt. Hierbei konnte vor allem die USA das Wachstumstempo im Laufe des Jahres trotz der politischen Auseinandersetzungen, die im Oktober in einem Shut out eskalierten, erhöhen. Japan hat durch die sehr expansive Wirtschaftspolitik der japanischen Regierung einen positiven Beitrag zum weltweiten Wirtschaftswachstum beigetragen. China sticht unter den Schwellenländern auch mit seinem Wachstum von voraussichtlich 7,6 Prozent (Vorjahr: 7,7 Prozent) und einem Anteil von circa 15 Prozent am Welt-BIP heraus. Damit wächst China noch immer auf einem unglaublich hohen Niveau stetig weiter, wenn sich auch das Wachstumstempo im Vergleich der letzten fünf Jahre verlangsamt hat. Nach sechs Quartalen der wirtschaftlichen Schrumpfung konnten die Länder der Europäischen Währungsunion als Ganzes im zweiten und dritten Quartal 2013 wieder wachsen. Dies ist eine erfreuliche Entwicklung, zumal nach Portugal auch Spanien wieder ein positives Wachstum ausweisen kann. Zudem hat Irland Ende 2013 angekündigt, den europäischen Rettungsschirm ab 2014 nicht mehr zu benötigen. Trotz dieser positiven Zeichen ist für den Euroraum insgesamt noch mit einem leicht negativen Wachstum von voraussichtlich 0,4 Prozent für 2013 zu rechnen.

Die aktuellen Konjunkturprognosen führender Konjunkturforscher Deutschlands erwarten für die deutsche Volkswirtschaft beim realen Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich ein Wachstum von rund 0,5 Prozent für das Geschäftsjahr 2013. Damit hat sich das Wirtschaftswachstum im Vergleich zum Vorjahr 2012 (+ 0,9 Prozent) leicht abgeschwächt. Im Vergleich zum negativen Wachstum des Euroraumes oder anderer europäischer Kernländer wie Frankreich oder Italien erweist sich die deutsche Volkswirtschaft auch für das Jahr 2013 wieder einmal als relativ robust. Positive Impulse für das deutsche Wachstum kamen dabei überwiegend aus der Binnenwirtschaft. Die gestiegenen privaten Konsumausgaben, finanziert unter anderem aus einer vergleichsweise niedrigeren Sparquote sowie einen Anstieg der staatlichen Konsumausgaben, spielten dabei für das deutsche Wirtschaftswachstum eine wichtige Rolle.

Die positive Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt im Jahr 2013 hat ganz wesentlich zum Wirtschaftswachstum in Deutschland beigetragen. Auf der Basis der bislang vorliegenden Zahlen und Daten ist die Zahl der Erwerbstätigen in 2013 kontinuierlich angestiegen. Voraussichtlich wird sich die Zahl der Erwerbstätigen um 0,6 Mio. auf über 41,8 Mio. Erwerbspersonen erhöhen. Auch die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist erheblich gestiegen. Dieses Beschäftigungswachstum spiegelt sich auch in der Anzahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt wieder, die voraussichtlich unter 2,85 Mio. liegen dürfte. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote wird sich damit voraussichtlich von 6,8 Prozent im Vorjahr auf 6,7% im laufenden Jahr 2013 verbessern. Sowohl die größere Anzahl an Erwerbstätigen als auch der für 2013 festzustellende reale Einkommenszuwachs, auch bedingt durch den nur moderaten Preisanstieg in Deutschland, führten im laufenden Jahr zu einem höheren privaten Konsum und zu Wirtschaftswachstum.

Entscheidungen der internationalen Zentralbanken haben wie auch im Vorjahr ganz wesentlich die Entwicklung an den Kapitalmärkten beeinflusst, wenn nicht sogar bestimmt. Im Vorjahr hat das Signal der Europäischen Zentralbank (EZB), in unbegrenztem Umfang Staatsanleihen der europäischen Krisenländer zu kaufen, um ein Scheitern des Euro zu verhindern, das Vertrauen der Investoren in den Euro-Raum wieder zurückgewonnen. Einige Krisenländer wie Portugal, Spanien oder Irland nutzten die somit durch die EZB zur Verfügung gestellte Zeit, Maßnahmen zur Konsolidierung ihrer jeweiligen Haushalte zu ergreifen und strukturelle Reformen einzuleiten. Die Rückkehr zu Wachstum oder der geplante Austritt Irlands aus dem Rettungsschirm bestätigen diese Länder in ihren Anstrengungen. Die expansive Geldpolitik der japanischen Notenbank, die Information über die Reduzierung des Tapering um 10 Mrd. US-Dollar auf 75 Mrd. US-Dollar pro Monat durch die FED zum Ende des Jahres 2013 sowie die Reduzierung des Leitzinses auf 0,25 Prozent durch die EZB stellten der Weltwirtschaft in einem unglaublichen Maße auch in 2013 Liquidität zur Verfügung. Diese von den Zentralbanken zur Verfügung gestellte Liquidität soll die Geschäftsbanken unterstützen, Probleme in den Bankbilanzen zu reduzieren bzw. zu beseitigen.

Außerdem sollte sie die Geschäftsbanken darin unterstützen, der realen Wirtschaft Darlehen zu geringen Zinsen zur Verfügung zu stellen. Diese Maßnahmen der EZB führten dazu, dass Erträge in kurzfristigen Zinstiteln kaum mehr wahrgenommen werden konnten oder sogar negativ waren. Investitionen in Staatsanleihen mit einem AAA Rating, wie die deutschen Staatsanleihen, waren als sicherer Hafen für Investoren gesucht. Nach dem Downgrading von Frankreich und Holland in 2013 aus dem AAA-Bereich gibt es neben Deutschland kaum noch weitere Staaten in Europa mit einem AAA-Rating. Dies drückt sich auch in den Renditen 10jähriger Bundesanleihen aus. Zum Jahresende 2012 wurden für 10jährige Bundesanleihen 1,316 Prozent gegeben. Im Laufe des Jahres 2013 zeigten sich die Umlaufrenditen dieser Anleihen als überaus volatil. Mit nur 1,165 Prozent erreichte die Umlaufrendite Anfang Mai 2013 ihren niedrigsten Wert, um dann im weiteren Verlauf des Jahres zu steigen. Im September erreichte die Umlaufrendite 2,045 Prozent und schloss zum Jahresultimo mit 1,929 Prozent. Die Umlaufrendite deutscher 10jähriger Staatsanleihen hat sich in 2013 um mehr als 46 Prozent erhöht. Dies ist allerdings eine Erhöhung auf äußerst niedrigem Niveau. Der Abstand der Umlaufrendite deutscher Staatsanleihen zu Anleihen einiger europäischer Krisenländer hat sich in 2013 weiter eingeeengt, was auf Maßnahmen der EZB und auch auf die Anstrengungen in Infrastrukturmaßnahmen dieser Länder zurückzuführen ist.

Die enorme Liquidität, die fehlenden Investitionsalternativen bei Anleihen, aber auch die positive Entwicklung der Gewinne in verschiedenen Branchen und bei vielen Unternehmen haben die positive Entwicklung an den Aktienmärkten bestimmt. Der deutsche Aktienindex DAX 30 schloss mit 9.552 Punkten (Vorjahr: 7.612 Punkte), nachdem im Dezember mit 9.589 Punkten für den DAX 30 das bisherige Allzeithoch erreicht wurde. Nachdem der DAX 30 bereits im Vorjahr um 29 Prozent steigen konnte, verbesserte er sich in 2013 nochmals um rund 25 Prozent- allerdings auf sehr hohem Niveau. Dividendenrenditen, auch auf diesem hohen Niveau, waren 2013 bei vielen DAX 30 Titeln höher als die Rendite deutscher Staatsanleihen. Dieser positiven Entwicklung des deutschen Aktienmarktes folgten aber Aktien, Anleihen und Währungen vieler Schwellenländer nicht. Die Ankündigung der FED in den Ausstieg aus der ultra lockeren Geldpolitik hat zu einem Schock für viele Schwellenländer geführt. Der Einbruch der Märkte der Schwellenländer war eine der negativen Überraschungen im Jahr 2013.

Lebensversicherungsmarkt

Der Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) hat im Rahmen einer vorläufigen Schätzung mitgeteilt, dass die gebuchten Brutto-Beiträge der deutschen Lebensversicherungsunternehmen im Vergleich zum Vorjahr angestiegen sind. Es werden gebuchte Brutto-Beiträge in Höhe von 87,3 Mrd. Euro erwartet. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einem Anstieg in Höhe von 0,6 Prozent. Dieser Anstieg ist vor allem der Zunahme bei den Einmalbeiträgen geschuldet. Hierbei war die Nachfrage nach Einmalbeiträgen für Rentenversicherungen sowie für Kapitalisierungsgeschäfte von besonderer Bedeutung. Die gesamten gebuchten Brutto-Beiträge in Höhe von 87,3 Mrd. Euro gliedern sich dabei in lfd. Beiträge von 62,0 Mrd. Euro sowie Einmalbeiträge von 25,3 Mrd. Euro. Nach einer Normalisierung in 2012 spielten Einmalbeiträge für den Vertrieb somit eine bedeutende Rolle. Im Gegensatz zum Vorjahr spielten Einmaleffekte wie der Unisex-Schlussverkauf im Vorjahr für die positive Entwicklung der gebuchten Brutto-Beiträge allerdings keine Rolle. Der Trend zugunsten von Lebensversicherungsverträgen mit rentenförmigen Auszahlungen konnte sich auch im Jahr 2013 wie in den Vorjahren weiter fortsetzen.

Die Versicherungsbranche musste sich im Jahr 2013 mit dem Vorwurf auseinandersetzen, dass die Leistungsbearbeitung systematisch verschleppt und verzögert würde. Dieser Vorwurf war und ist ungerechtfertigt. Die Landesjustizverwaltungen haben auf eine Umfrage des Bundesjustizministeriums bestätigt, dass es keine grundsätzliche Regulierungspraxis bei der Leistungsbearbeitung von Versicherungsfällen zu Lasten der Kunden und Versicherungsnehmer gibt. Somit wurde von offizieller Seite die Qualität unserer Schadensbearbeitung dokumentiert und bestätigt.

Der Zeitplan für die Umsetzung des größten Reformvorhabens der europäischen Versicherungsaufsicht wurde durch die Einigung bei den Triloggesprächen im 4. Quartal 2013 festgelegt. Demnach sollen die Vorschriften von Solvency II ab dem 1. Januar 2016 angewendet werden. Aber bereits in 2014 und 2015 sollen Reportings und Informationen von der Versicherungsbranche an die BaFin geschickt werden, um dieser die Möglichkeit zu geben, sich ein Bild über den Umsetzungsstand der Solvency II Anstrengungen in den Unternehmen zu machen.

Viele Kapazitäten, auch die der Versicherungsbranche, wurden 2013 in die Umstellung des Zahlungsverkehrs auf das neue SEPA-Format, das ab dem 01. Februar 2014 gesetzlich anzuwenden ist, investiert. Ebenso musste sich die Versicherungsbranche mit dem Thema eBilanz auseinandersetzen, da steuerrelevante Daten zu Abschlüssen des Jahres 2013 ab dem Jahr 2014 elektronisch an die Finanzämter weiterzuleiten sind.

Im 1. Quartal 2013 hat der Bundesrat seine Zustimmung für eine Kürzung der Weitergabe von Bewertungsreserven auch für festverzinsliche Wertpapiere an ausscheidende Versicherungsnehmer verweigert. Lebensversicherer werden daher für ausscheidende Versicherungsnehmer rund 3 Mrd. Euro zusätzlich im Geschäftsjahr 2013 auszahlen müssen.

Die Europäische Zentralbank versucht, mit künstlich sehr niedrigen Zinsen sowie einer reichlichen Liquiditätsversorgung der anhaltenden Banken- und Staatschuldenkrise zu begegnen. Diese Anstrengungen waren dahingehend erfolgreich, als die Anspannungen an den internationalen Finanzmärkten nachgelassen und die Angst des Auseinanderbrechens des Euroraums gebannt scheint. Im Finanzstabilitätsbericht 2013 der Deutschen Bundesbank wird aber auch auf die Gefahren mit zunehmender Dauer des Niedrigzinsumfeldes verwiesen. Insbesondere die Lebensversicherungen stehen hier dem Bericht zufolge unter besonders großem Druck. Bei dauerhaft niedrigen Zinsen wird es für die Lebensversicherungsunternehmen immer problematischer, den Garantiezins für die Versicherungsnehmer sowie die Aufwendungen für die Zinszusatzreserve zu verdienen. Die Belastungen aus den niedrigen Zinsen zeigen unter anderem auch Auswirkungen auf die rückläufige Entwicklung der Überschussbeteiligung der deutschen Lebensversicherungsunternehmen.

Im 3. Quartal wurde die Heidelberger Lebensversicherung an einen britischen Kapitalinvestor und ein deutsches Rückversicherungsunternehmen verkauft mit dem Ziel, diese Lebensversicherung als Abwicklungsspezialisten für Lebensversicherungsbestände zu nutzen. Somit könnte Run-Off auch für den deutschen Markt ein interessantes Geschäftsmodell sein. Entsprechende Überlegungen hat es nicht nur bei der Heidelberger Leben und deren Investoren gegeben.

Entwicklung der Delta Lloyd Deutschland AG

Im Jahr 2010 hat die Delta Lloyd N.V., Amsterdam, Muttergesellschaft der Delta Lloyd Deutschland AG, entschieden, sich auf ihre Kernmärkte Holland und Belgien zu konzentrieren und sich aus dem deutschen Lebensversicherungsmarkt zurückzuziehen. Seit 2010 wird daher das aktive Run-Off Geschäft für die Lebensversicherungsunternehmen der Delta Lloyd Deutschland AG betrieben. Somit wird kein Neugeschäft mehr aktiv angenommen. Die Lebensversicherungen der Delta Lloyd Deutschland AG gehören somit nicht mehr zu den Kernaktivitäten der holländischen Delta Lloyd N.V., Amsterdam.

Sven Williamson ist aus dem Aufsichtsrat der Delta Lloyd Deutschland AG und der deutschen Delta Lloyd Lebensversicherungen im 3. Quartal 2013 ausgeschieden. In der Delta Lloyd Deutschland AG konnten wir als seinen Nachfolger Theo Berg gewinnen, der Chief Risk Officer der Delta Lloyd N.V., Amsterdam ist. Die Nachfolge in den Lebensversicherungsunternehmen der Delta Lloyd Deutschland AG hat Peter Paul Boon, Leiter der Group-Steuerabteilung der Delta Lloyd N.V., Amsterdam angetreten.

Zur Stärkung der Solvabilität der Hamburger Lebensversicherung AG hat die Delta Lloyd Deutschland AG Teile eines Nachrangdarlehens in Eigenkapital im Laufe des Geschäftsjahres 2013 umgewandelt.

Entwicklung der Hamburger Lebensversicherung AG

Die Hamburger Lebensversicherung AG befindet sich im 4. Jahr ihres aktiven Run-Off Geschäftes. Bis auf Dynamikerhöhungen wurde das gesamte Neugeschäft seit Mitte des Jahres 2010 eingestellt. Verträge mit Vertriebspartnern wurden gekündigt. Ebenso wurden in allen Bereichen Mitarbeiter sozialverträglich abgebaut. Der Fokus der Tätigkeiten eines Run-off Unternehmens liegt in einer kosteneffizienten Optimierung von Prozessen und Abläufen.

Die Entwicklung der Hamburger Lebensversicherung AG wurde ganz wesentlich in Bezug auf das Ergebnis durch die künstlich niedrigen Zinsen sowie den damit korrespondierenden ansteigenden Aufwendungen für die Zuführung zur Zinszusatzreserve geprägt. Neuanlagen im Kapitalanlagenbereich mit einer hinreichend hohen Rendite zur Finanzierung der Garantiezusagen gegenüber dem Versicherungsnehmer wurden 2013 mit einem niedrigeren Rating und damit höheren Risiko erkaufte.

Anfang 2013 haben wir aus unserem Luxemburger Grundstücksfond, an dem die Hamburger Lebensversicherung AG zusammen mit der Delta Lloyd Lebensversicherung AG und der Delta Lloyd Pensionskasse AG beteiligt ist, die Wohnimmobilien verkauft. Der Markt für Wohnimmobilien hatte in den letzten Jahren einen positiven Anstieg gesehen. Somit war der Zeitpunkt gut, Optimierungen auch in Bezug auf Solvency II zu beginnen. Freiwerdende Mittel wurden im Geschäftsjahr überwiegend in festverzinsliche Wertpapiere reinvestiert.

Das Projekt SEPA wurde Ende des Geschäftsjahres 2013 umgesetzt. Dies war ein gesetzlich vorgeschriebenes Projekt im Zahlungsverkehr, aus dem wir kaum positive Aspekte gewinnen konnten, da wir kaum Kunden mit Konten im europäischen Ausland haben. Das Projekt eBilanz konnten wir implementieren und mit der Finanzverwaltung erfolgreich testen. Einem Reporting an die Finanzbehörden für die Jahresabschlüsse 2013 stehen wir optimistisch gegenüber.

Durch die Einigung im Rahmen der europäischen Triloggespräche ist Klarheit über den Startzeitpunkt in das Projekt Solvency II gekommen. Der Termin für die Einführung ist mit dem 01. Januar 2016 klar vorgegeben. Wir überarbeiten und optimieren unseren Delta Lloyd Solvency II Projektplan auf der Basis der neuen Festlegungen. Wir haben uns bereits während des Jahres 2013 mit einer Verbesserung der Prozesse bei der Berechnung des Solvenzkapitals unter Anwendung der Standardformel, der Berechnung der Marktwertbilanz sowie vorbereitenden Maßnahmen für das ORSA intensiv auseinandergesetzt.

Während des Jahres 2013 gab es diverse Anfragen und Aufgaben durch die Aufsichtsbehörde BaFin, die wir fristgerecht an die BaFin geschickt haben.

Würdigung der Prognosen für 2013

Für 2013 sind wir von einem Wachstum der Weltkonjunktur von 3,6 Prozent ausgegangen. Tatsächlich werden wohl nur 2,9 Prozent erreicht werden können. Wesentlich zur Schwächung der Wachstumsdynamik der Weltkonjunktur haben die Schwellenländer beigetragen, deren Wachstum sich verlangsamt hat oder auf hohem Niveau leicht zurückgegangen ist. Bei den Erwartungen für Deutschland waren wir ebenso leicht zu optimistisch. Da das deutsche Wachstum stark von der Entwicklung der Weltwirtschaft abhängt, lagen wir mit 1 Prozent Wachstum zu hoch.

Bei unseren Zinsprognosen lagen wir dagegen fast auf der Ziellinie. Wir sind für 2013 von einer auch weiterhin expansiven Zinspolitik ausgegangen. Für 10jährige Bundesanleihen sind wir von einem Anstieg des Zinses auf 2 Prozent ausgegangen. Die Marke von 2 Prozent wurde im September leicht überschritten und der Zins zum Jahresultimo betrug 1,93 Prozent. Da der Bestand an festverzinslichen Wertpapieren mehr als 80% unseres Bestandes ausmacht, sind richtige Prognosen in diesem Bereich von großer Bedeutung. Das Wachstum der Aktien hatten wir nicht in dem Ausmaß erwartet. Wir sind nur von einem Anstieg auf 8.000 Punkte beim DAX ausgegangen. Da unser Aktienbestand weniger als 1 Prozent ausmacht, ist eine nicht punktgenaue Prognose nicht essentiell.

Für 2013 haben wir eine stabile Entwicklung der gebuchten Brutto-Beiträge für die Lebensversicherungsbranche erwartet. Wir hatten nicht die dynamische positive Entwicklung bei den Einmalbeiträgen erwartet, durch die die gebuchten Brutto-Beiträge doch relativ angestiegen sind.

Die Fokussierung der Tätigkeiten der Hamburger Lebensversicherung insbesondere auf die Optimierung von Verwaltungsprozessen als Run-Off Unternehmen, haben wir im Ausblick ebenso reportiert wie die Herausforderungen für Solvency II.

Sonstige Angaben

Die Hamburger Lebensversicherung AG ist Mitglied des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft eV., Berlin (GDV), dem Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen in Deutschland, München sowie der Wiesbadener Vereinigung.

Geschäftsverlauf der Hamburger Lebensversicherung AG

Beitragseinnahmen/Bestandsentwicklung/Neugeschäft

Die gesamten gebuchten Bruttobeiträge verringerten sich um 1,8 Mio. Euro auf 23,3 Mio. Euro (Vorjahr 25,1 Mio. Euro). Das entspricht einem Rückgang um 7,3 Prozent. Der Rückgang der gebuchten Bruttobeiträge ist wie auch in den Vorjahren auf die Einstellung des Neugeschäfts zurückzuführen. Neugeschäft ergibt sich nur noch aus Dynamikerhöhungen. Die gebuchten Einmalbeiträge veränderten sich leicht auf 0,2 Mio. Euro (Vorjahr: 0,1 Mio. Euro). Die gebuchten Bruttobeiträge gegen laufende Beiträge verringerten sich von 25,0 Mio. Euro auf 23,1 Mio. Euro, also um rund 7,8 Prozent. Der gesamte Zugang gegen laufenden Beitrag für ein Jahr ist um 1,8 Mio. Euro auf 23,0 Mio. Euro zurückgegangen.

Im Bestand der Hamburger Lebensversicherung AG befanden sich zum Jahresultimo 2013 insgesamt 21.336 Versicherungsverträge. Der gesamte Abgang beträgt 994 Verträge. Die wesentlichen Abgangsgründe sind zum einen der Ablauf mit 408 Verträgen bei einem laufenden Beitrag für ein Jahr von 0,8 Mio. Euro sowie Rückkäufe und Beitragsfreistellungen mit 493 Verträgen und 1,2 Mio. Euro laufender Beitrag für ein Jahr. Die Versicherungssumme verringerte sich um rund 3,9 Prozent auf 645,1 Mio. Euro. Der gesamte laufende Beitrag für ein Jahr beträgt 23,0 Mio. Euro (Vorjahr: 24,8 Mio. Euro).

Die Beitragssumme des Neugeschäfts beträgt durch die Einstellung des Neugeschäfts geringe 4,9 Mio. Euro (Vorjahr: 4,5 Mio. Euro). Die Stornoquote gemessen als vorzeitiger Abgang gegen laufenden Beitrag zum mittleren Bestand beträgt im laufenden Geschäftsjahr 5,2 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr, in dem die Stornoquote noch 8,2 Prozent betrug, hat sich das Storno erheblich verlangsamt. Kündigungen aufgrund ökonomisch rationaler Entscheidungen von Versicherungsverträgen mit Garantien wurden wegen fehlender sicherer Alternativen bei Anlagen in festverzinslichen Wertpapieren nicht durchgeführt.

Versicherungsleistungen

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,7 Prozent auf 23,8 Mio. Euro erhöht. Im Vorjahr wurden noch Aufwendungen von 23,2 Mio. Euro ausgewiesen. Für Versicherungsfälle wurden 17,9 Mio. Euro (Vorjahr 13,8 Mio. Euro) gezahlt. Durch die Veränderung der Netto-Rückstellungen für Versicherungsfälle ergab sich ein Aufwand in Höhe von 0,2 Mio. Euro (Vorjahr: Ertrag 0,3 Mio. Euro).

Der Aufwand für Rückkaufswerte an den Zahlungen für Versicherungsfälle erreichte unter Berücksichtigung der Regulierungsaufwendungen 5,8 Mio. Euro. Das sind 40,8 Prozent oder 4,0 Mio. Euro weniger Aufwand als im Vorjahr 2012. Dieser Rückgang lässt sich unter anderem mit dem geringeren Storno des Geschäftsjahres 2013 erklären. Da in den Vorjahren ausreichend versicherungstechnische Rückstellungen gebildet wurden, belasten Rückkäufe, Versicherungsleistungen und Ablaufleistungen das Ergebnis der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2013 nicht direkt.

Wie auch in den Vorjahren spielte das positive Risikoergebnis eine wesentliche Rolle im Geschäftsjahr 2013 für das Rohergebnis der Hamburger Lebensversicherung AG.

Aufwendungen für Abschluss und Verwaltung

Die Aufwendung für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung betragen für das laufende Geschäftsjahr 2013 insgesamt 1,1 Mio. Euro. Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein leichter Rückgang um 0,02 Mio. Euro. Auch bei einem für das Neugeschäft nahezu geschlossenen Versicherungsbestand fallen noch Aufwendungen für Abschlusskosten für Versicherungen mit Beitragsdynamik oder Erhöhungsoptionen an. Zudem fallen Kosten für die Vermittlerverwaltung und -optimierung sowie für Auseinandersetzungen mit Vermittlern an. Die Abschlussaufwendungen sind von rund 0,52 Mio. Euro in 2012 auf 0,49 Mio. Euro im laufenden Geschäftsjahr gefallen. Aufgrund der Einstellung des Neugeschäfts im Rahmen der Run-Off Geschäftsstrategie ist die Abschlusskostenquote mit denen der aktiven Marktteilnehmer im Lebensversicherungsmarkt kaum vergleichbar.

Die Aufwendungen für die Verwaltung betragen für 2013 0,60 Mio. Euro (Vorjahr 0,57 Mio. Euro). Bezogen auf die gebuchten Bruttobeiträge errechnet sich eine Verwaltungskostenquote von 2,6 Prozent (Vorjahr 2,3 Prozent). Die Betriebskostenquote der Hamburger Lebensversicherung AG, dargestellt als

Verhältnis aus Abschluss- und Verwaltungskosten im Vergleich zu den gebuchten Brutto-Beiträgen beträgt 4,7 Prozent und hat sich im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöht (Vorjahr: 4,4 Prozent).

Der Rückgang der von Rückversicherungsunternehmen erhaltenen Provisionen und Gewinnbeteiligungen ist im Wesentlichen auf einen Anstieg der Versicherungsleistungen zurückzuführen.

Geschäftsergebnis und Jahresüberschuss

Die Hamburger Lebensversicherung AG hat im Geschäftsjahr 2013 der Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) 0,5 Mio. Euro zugeführt. Im Vergleich zum Vorjahr in dem noch ein Jahresfehlbetrag ausgewiesen wurde, sind somit 0,5 Mio. Euro mehr zugeführt worden. Zugunsten der Kunden und Versicherungsnehmer wurden der Rückstellung für Beitragsrückerstattung rund 0,72 Mio. Euro entnommen, die wir unseren Versicherungsnehmern als Überschussbeteiligung haben zukommen lassen. Somit beträgt die Rückstellung für Beitragsrückerstattung 10,71 Mio. Euro (Vorjahr: 10,93 Mio. Euro).

Im Geschäftsjahr 2013 erzielte die Hamburger Lebensversicherung AG nach Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung sowie nach den Aufwendungen nach Steuern einen Jahresüberschuss in Höhe von 1,87 Mio. Euro (Vorjahr: Jahresfehlbetrag 6,29 Mio. Euro). Der Bilanzverlust der Hamburger Lebensversicherung AG zum 31.12.2013 beträgt 15,58 Mio. Euro. Der Vorstand der Hamburger Lebensversicherung AG schlägt vor, den gesamten Bilanzverlust in voller Höhe auf neue Rechnung vorzutragen.

Entwicklung der Leistungskennziffern

Finanzielle Leistungsindikatoren:

	31.12.2013	31.12.2012
Verdiente Beiträge:	23,5 Mio. Euro	25,6 Mio. Euro
Rohüberschuss:	3,5 Mio. Euro	-5,7 Mio. Euro
Solvabilität:	165,6 %	147,0 %

Neben diesen wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren gab es keine wesentlichen nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung waren.

Kapitalanlagen

Trotz der Einstellung des Neugeschäfts erhöhten sich aufgrund des noch recht jungen Bestandes die versicherungstechnischen Passiva und damit korrespondierend auch der Bestand an Kapitalanlagen. Der Bestand an Kapitalanlagen ohne Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern und Lebensversicherungspolice beträgt 442,0 Mio. Euro (Vorjahr: 427,5 Mio. Euro). Den größten Teil der Kapitalanlagen haben wir in festverzinslichen Wertpapieren investiert. Rund 12,2 Prozent unserer Kapitalanlagen haben wir in Grundstücken investiert, die wir direkt oder indirekt über Fondskonstruktionen halten. Unsere Grundstücke haben wir ganz überwiegend in Deutschland investiert.

Aufgrund des langfristigen Charakters des Lebensversicherungsgeschäftes hat die Hamburger Lebensversicherung AG ausgewählte Kapitalanlagen der dauerhaften Vermögensanlage gewidmet und diese daher im Anlagevermögen ausgewiesen. Diese Kapitalanlagen bewerten wir nach dem gemilderten Niederstwertprinzip des § 341b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB. Bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung schreiben wir auf den niedrigeren Wert ab.

Der Bestand der Kapitalanlagen der Gesellschaft beträgt 442,0 Mio. Euro. Die Aufteilung des Bestandes mit seinen wesentlichen Positionen, die Entwicklung des Jahres sowie die Angaben zu Buch- und Zeitwerten sind den Darstellungen im Anhang zu entnehmen.

Aufgrund der positiven Entwicklung der sogenannten GIIPS-Staaten und aufgrund der sehr niedrigen Zinsen für Neuanlagen haben wir weitere Investitionen in italienischen und irischen Staatsanleihen vorgenommen. Die Entwicklung der Zinsen für 10jährige Staatsanleihen ist ein eindeutiges Zeichen für

das Vertrauen der Investoren in eine positive Entwicklung dieser Länder. Irland insbesondere plant 2014 aus dem europäischen Rettungsschirm auszutreten. In italienischen Staatsanleihen haben wir 2013 rund 10 Mio. Euro und in irische Staatsanleihen rund 15 Mio. Euro investiert. Ein Abschreibungsbedarf auf GIIPS-Investitionen ergab sich zum Jahresultimo 2013 nicht.

Bewertungsreserven ergeben sich als Unterschied zwischen den Zeitwerten und den Buchwerten zum Bilanzstichtag 31.12.2013. Die stillen Reserven der Hamburger Lebensversicherung AG betragen netto 25,3 Mio. Euro (Vorjahr: 25,9 Mio. Euro). Der Rückgang der Bewertungsreserven ist ganz wesentlich auf den Anstieg der Marktzinsen zurückzuführen. So sind die Zinsen 10jähriger Bundesanleihen im Laufe des Jahres 2013 von 1,32 Prozent auf 1,93 Prozent angestiegen.

Die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice werden zum Zeitwert bewertet und ausgewiesen. Der Marktwert dieser Kapitalanlagen beträgt 13,4 Mio. Euro (Vorjahr: 12,4 Mio. Euro).

Die laufenden Erträge aus anderen Kapitalanlagen sind im Vergleich zum Vorjahr um 2,6 Mio. Euro oder 17,3 Prozent auf 17,5 Mio. Euro angestiegen. Dies ist auch eine Folge der Reduzierung liquider Mittel, die in festverzinslichen Wertpapieren mit einer ausreichenden Verzinsung und Investmentgrade angelegt werden konnten. Die gesamten Erträge aus Kapitalanlagen konnten sich aber um 1,6 Mio. Euro auf 18,5 Mio. Euro verbessern. Die Erträge aus Zuschreibungen sowie aus dem Abgang sind dagegen im Vergleich zum Vorjahr um rund 1,0 Mio. Euro auf 0,9 Mio. Euro im laufenden Geschäftsjahr zurückgegangen.

Die Aufwendungen für Kapitalanlagen betragen per Jahresultimo 2013 insgesamt 1,07 Mio. Euro (Vorjahr: 7,25 Mio. Euro). Der Rückgang ist ganz wesentlich auf die Verluste aus dem Abgang griechischer Staatsanleihen sowie italienischer Staatsanleihen zurückzuführen, von denen wir uns im Vorjahr getrennt haben.

Die laufende Durchschnittsverzinsung unserer Kapitalanlagen ohne Kapitalanlagen der fondsgebundenen Lebensversicherung hat sich leicht von 3,4 Prozent im Vorjahr auf 3,9 Prozent verändert. Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen beträgt 4,0 Prozent (Vorjahr: 2,3 Prozent). Die durchschnittliche Nettoverzinsung der letzten 3 Jahre beträgt 1,98 Prozent (Vorjahr: 1,96 Prozent).

Vorgänge nach dem Geschäftsjahresende

Nach dem Geschäftsjahresende gab es keine Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Hamburger Lebensversicherung AG.

Risiken der künftigen Geschäftsentwicklung

Entwicklung des Risikomanagements, Methoden und Ziele

Das Risikomanagement der Hamburger Lebensversicherung AG wird als die Gesamtheit aller systematischen Maßnahmen zur Bewältigung und Steuerung von Risiken definiert. Dies beinhaltet die möglichst frühe Identifikation sowie regelmäßige Bewertung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation von Risiken, die die Hamburger Lebensversicherung AG sowie andere Gesellschaften der Delta Lloyd Deutschland AG im Hinblick auf ihre Zielerreichung sowie ihren Bestand als Unternehmen gefährden.

An der Unternehmensstrategie der einzelnen Gesellschaften der Delta Lloyd Deutschland AG richtet sich die Risikostrategie aus. Das Risikomanagement stellt sicher, dass

- die Konzern- und Unternehmensziele erreicht,
- die soziale Verantwortung gegenüber Mitarbeitern, Umwelt und Gesellschaft wahrgenommen,
- die Investitionen der Aktionäre gesichert,
- die Interessen der Versicherungsnehmer und sonstigen Kunden gewahrt und
- die Erfüllung der Anforderungen der Aufsichtsbehörden und des Gesetzgebers sichergestellt werden.

Die Hamburger Lebensversicherung AG versteht sich als risikobewusstes Unternehmen. Chancen und Risiken werden gegeneinander abgewogen. Hierbei handelt es sich nicht um die Eliminierung sämtlicher Risiken, sondern um das Erkennen von Risiken und das Beherrschen dieser Risiken auf einem akzeptablen Niveau.

Der Prognose- und Betrachtungszeitraum umfasst im Regelfall 12 Monate, also das laufende Geschäftsjahr. Darauf werden die Risikostrategie und Risikotragfähigkeit sowie das Risikoreporting ausgerichtet.

Die für die Gesellschaft geltenden Risikokategorien und -beschreibungen entsprechen den Definitionen gemäß Rundschreiben 03/2009 (VA) unter Berücksichtigung des DRS 20 und gelten konzernweit. Damit wird sichergestellt, dass in jeder Gesellschaft des Konzerns gleiche Risiken gleich beschrieben sind und so ein einheitliches Verständnis über die Risikolage hergestellt werden kann. Alle wesentlichen Risiken aller zur Delta Lloyd Deutschland AG gehörenden Gesellschaften sind in das konsolidierte Berichtswesen zum Risikomanagement einbezogen.

Anhand der Unternehmensstrategie sowie der Kapitalanlagestrategie, wird das Risikoprofil der Gesellschaft erstellt und das zur Verfügung stehende Risikokapital zielgerichtet den definierten Risikokategorien zugeteilt. Dies bildet die Grundlage für das Risikolimitsystem, aus dem, bei Überschreiten der definierten Limite, Maßnahmen zur Risikosteuerung abgeleitet werden. Unterjährig werden die Einhaltung dieser Limite sowie die Risikotragfähigkeit kontinuierlich überwacht.

Für die operative Steuerung der Einzelrisiken sind Risk Owner verantwortlich. Diese haben die Aufgabe, vierteljährlich die Identifikation und Bewertung ihrer Risiken vorzunehmen sowie die notwendigen Maßnahmen zu veranlassen. Die Ergebnisse der Risikobewertung der Einzelgesellschaften sind Grundlage für das ebenfalls vierteljährliche Berichtswesen. Die Bewertung der dabei zu verwendenden Eintrittswahrscheinlichkeiten und Schadenshöhen erfolgt unter Zugrundelegung von jeweils vier quantifizierten Kategorien, die in ihrer Ausprägung für die Gesellschaften des Konzerns individuell definiert und dokumentiert sind.

Im Rahmen der Risikokommunikation sollen die quartalsweise tagenden Gremien Group Risk Committee (GRC), Financial Risk Committee (FRC) und das Operational Risk Committee (ORC) ein gemeinsames Verständnis im Management der Risikolage vermitteln und die Risikocontrollingprozesse aktiv begleiten. Sie haben verschiedene Zielsetzungen und Aufgaben im Risikomanagementprozess:

Zielsetzung und Verantwortung des GRC ist

- die Sicherstellung der Vollständigkeit der Risikoerfassung auf Konzernebene,
- die Sicherstellung einer objektiven Beurteilung der Gesamtrisikolage,
- die Veranlassung weiterer Maßnahmen bei kritischen Risiken,
- die Begrenzung der Risikosituation durch Initiierung und Kontrolle erforderlicher Maßnahmen und
- das Treffen grundsätzlicher Risikomanagemententscheidungen.

Zielsetzung und Verantwortung des FRC ist

- die Sicherstellung einer vollständigen Erfassung der finanziellen Risiken, insbesondere durch Identifikation der spezifischen Risiken der Versicherungsunternehmen aus den Kapitalanlagen und Derivaten Finanzinstrumenten (soweit diese eingesetzt werden)
- die Sicherstellung eines risikogerechten Reportings und einer objektiven Beurteilung der finanziellen Risiken und
- die Überprüfung der Angemessenheit der Maßnahmen und ggf. Veranlassung weiterer Maßnahmen bei kritischen Risiken.

Zielsetzung und Verantwortung des ORC ist

- die Sicherstellung einer vollständigen Erfassung der operationellen Risiken,
- die Sicherstellung einer objektiven Beurteilung der operationellen Risiken,
- die Prüfung der Vollständigkeit der Risikoerfassung und ggf. Aufnahme aktueller operationeller Risiken und
- die Überprüfung der Angemessenheit der Maßnahmen und ggf. Veranlassung weiterer Maßnahmen bei kritischen operationellen Risiken.

Das Risikocontrolling gemäß Rundschreiben 4/2011 (VA) für die Kapitalanlagen erfolgt innerhalb der Abteilung „Kapitalanlagensteuerung“. Darüber hinaus umfasst diese Funktion auch das aufsichtsrechtliche Meldewesen für die Kapitalanlagen.

Um den vollständigen, zeitnahen Austausch von Informationen über die Risiken aus den Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen über die unterschiedlichen Organe und Ebenen und die Informationsrechte des Risikocontrollings sicherzustellen, ist die „Arbeitsgruppe Finanzen“ etabliert. Die Arbeitsgruppe tagt wöchentlich und nimmt folgende Aufgaben wahr:

- Laufender Informationsaustausch über aktuelle Themen, die Planung und Ergebnisse der Kapitalanlagen,
- Diskussion der Anlagestrategie in Verbindung mit neu erkannten Risiken,
- laufender Informationsaustausch über Risikoanalysen und ggf. Festlegung von Maßnahmen und
- Koordination wesentlicher Maßnahmen.

Die Kontrolle des Risikomanagements der Hamburger Lebensversicherung AG erfolgt durch den Aufsichtsrat, den Vorstand sowie die Interne Revision.

Darüber hinaus führt der externe Wirtschaftsprüfer jährlich eine Prüfung des Risikofrüherkennungssystems gemäß § 317 Abs. 4 HGB i.V.m. § 91 Abs. 2 AktG sowie IDW PS 340 durch.

Ausblick

Die Weiterentwicklung und Optimierung der zentralen Elemente des Risikomanagements ist ein kontinuierlicher Prozess, um den steigenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen zu begegnen.

Die Mindestanforderungen aus dem Rundschreiben 3/2009 (VA) sind bereits implementiert.

Im Hinblick auf die von EIOPA (Europäische Aufsicht für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersvorsorge) veröffentlichten aufsichtsrechtlichen Leitlinien zur Vorbereitung auf Solvency II werden Elemente des Risikomanagements 2014 weiterentwickelt, mit dem Ziel der termingerechten Konformität mit den Solvency II-Anforderungen ab 2016.

Aufgrund der engen Einbindung der Gesellschaft in die Solvency II Prozesse des niederländischen Mutterkonzerns, DL N.V., Amsterdam wurde bereits im Berichtsjahr mit der Umsetzung einiger in den Leitlinien genannter Maßnahmen – vornehmlich der Säule II – begonnen.

Insbesondere wird 2014 die Umsetzung der Aspekte des Forward Looking Assessment of Own Risks (FLAOR) – früher Own Risk and Solvency Assessment (ORSA) – der umfanglicheren Anforderungen an das Governance System und die unternehmensinternen Richtlinien weiter fokussiert. Im Rahmen der Anpassung der internen Unternehmensrichtlinien an die Solvency II Anforderungen wird eine umfassende Überarbeitung der operationellen Risiken vorgenommen.

Im Sinne einer vorausschauenden Unternehmensführung wurden bereits in der Berichtsperiode die Auswirkungen der entsprechenden Solvency II Vorgaben zum Eigenmittelbedarf sowie zur Eigenmittelausstattung untersucht, um auf dieser Grundlage fundierte Informationen zu erhalten, die bei der Ausrichtung des Unternehmens einbezogen werden können.

Dies wird 2014 fortgesetzt, ausgeweitet und etabliert werden, um die Auswirkungen des zukünftigen Aufsichtsregimes bereits frühzeitig zu berücksichtigen.

Wesentliche Merkmale des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Organisation des IKS

Die Ausgestaltung des IKS der Hamburger Lebensversicherung AG ist auf Grundlage der Mindestanforderungen an das Risikomanagement gemäß Rundschreiben 03/2009 (VA) umgesetzt.

Der Vorstand der Hamburger Lebensversicherung AG ist grundsätzlich für die Einrichtung, Weiterentwicklung, Anpassung an geänderte Rahmenbedingungen und die Funktionsfähigkeit adäquater rechnungslegungsbezogener interner Kontrollen und des rechnungslegungsbezogenen Risikomanagementsystems verantwortlich.

Das IKS setzt sich aus drei Verteidigungslinien zusammen.

In der *ersten Verteidigungslinie* ist das Interne Kontrollsystem der Hamburger Lebensversicherung AG als integraler Bestandteil des Risikomanagementsystems dezentral organisiert. Es obliegt der Leitung des jeweiligen Fachbereichs in ihrem Verantwortungsbereich strukturierte Prozessabläufe inklusive geeigneter Kontrollen zur adäquaten Risikominderung zu schaffen und an geänderte Abläufe und Rahmenbedingungen anzupassen. Die Dokumentation muss für einen sachverständigen Dritten nachvollziehbar und für alle Mitarbeiter verfügbar sein.

In der *zweiten Verteidigungslinie* ist der Compliance-Officer, der verantwortliche Aktuar sowie das Zentrale Risikomanagement etabliert.

Während der *Compliance Officer* insbesondere sicherstellt, dass alle gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen sowie regulatorischen Anforderungen eingehalten werden und entsprechende Prozesse eingerichtet sind, überwacht der *verantwortliche Aktuar* die korrekte Berechnung auf der Passivseite. Das *Zentrale Risikomanagement* und damit die Wahrnehmung der unabhängigen Risikocontrollingfunktion erfolgt durch den Zentralen Risikomanager in der Abteilung „Zentrales Risikomanagement“. Das Zentrale Risikomanagement übernimmt die Gesamtkoordination sämtlicher Aktivitäten zum Risikomanagement, die Zusammenführung aller finanziellen und operationellen Risiken zu einem Risikoprofil und die Berichterstattung an den Vorstand und Aufsichtsrat sowie an die Aufsichtsbehörde und den Mutterkonzern.

Das Risikomanagement ist dezentral organisiert, d.h. für das Risikomanagement der jeweiligen Gesellschaft sind die Geschäftsführer bzw. die Vorstände verantwortlich.

Die Konzernrevision führt als *dritte Verteidigungslinie* eine unabhängige Prüfung des IKS in der ersten und zweiten Verteidigungslinie durch.

Rechnungslegungsprozess

Die Rechnungslegung und die Aufstellung des Jahresabschlusses sowie die Erstellung des Lageberichtes liegen in der Verantwortung des Vorstands.

Die Ausgestaltung des internen Kontrollsystems zum Rechnungslegungsprozess orientiert sich an den Vorgaben des Sarbanes-Oxley-Acts (Sektion 404) sowie dem Framework für interne Kontrollen, das vom Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission (COSO-Framework) verabschiedet wurde. Für die involvierten IT-Prozesse besteht darüber hinaus ein spezielles Rahmenwerk, das sich an den COBIT (Control Objectives for Information and Related Technology), dem international anerkannten Framework zur IT Governance, orientiert.

Zur Sicherstellung eines vollständigen, korrekten und fristgerechten Jahresabschlusses, bestehen Arbeitsrichtlinien in denen Prozesse inklusive Schnittstellen und Kontrollen definiert sind, sowie Terminpläne, in denen die Zuständigkeiten festgelegt sind.

Durch regelmäßige Teilnahme an Informationsveranstaltungen sowie durch sorgfältige Beachtung einschlägiger Veröffentlichungen von Verbänden und Aufsichtsbehörden, werden veränderte Anforderungen an die Rechnungslegung nach HGB und IFRS frühzeitig identifiziert und verfolgt. Bei Bedarf werden geeignete Maßnahmen in allen betroffenen Bereichen, teils in Form von Projekten, eingeleitet und umgesetzt.

Neben der Konzernrevision für die Unternehmen der Delta Lloyd Deutschland AG und Group Audit des holländischen Mutterkonzerns, Delta Lloyd N.V., Amsterdam, die regelmäßig die Funktionsfähigkeit, Ordnungsmäßigkeit, Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Angemessenheit des IKS zur Rechnungslegung prüfen, beurteilt auch der externe Wirtschaftsprüfer im Rahmen der Jahresabschlussprüfung die Wirksamkeit des IKS auf Basis des § 317 HGB sowie unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgelegten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung.

Risiken

Die Hamburger Lebensversicherung AG unterteilt die Risiken in zwei Kategorien. Einerseits werden finanzielle Risiken und andererseits operationelle Risiken betrachtet.

Finanzielle Risiken

Versicherungstechnische Risiken

Das versicherungstechnische Risiko (Reserverisiko) ist das mit der Tätigkeit eines Versicherungsunternehmens untrennbar verbundene Grundrisiko. Es handelt sich also um das Risiko, dass die vom Unternehmen für das Versicherungsgeschäft gebildeten Rückstellungen nicht ausreichen, um die Leistungsverpflichtungen aus den Versicherungsverträgen zu erfüllen. Es umfasst biometrische Risiken, d.h. Risiken durch sich ändernde Rechnungsgrundlagen (Sterblichkeit, Lebenserwartung, Erwerbsunfähigkeit, Krankheit, Pflege), das Garantiezinsrisiko (dauerhafte Erfüllbarkeit der garantierten Mindestverzinsung der Verträge) sowie das Stornorisiko.

Biometrische Risiken

Die Tarifikalkulation erfolgte so, dass die dauerhafte Erfüllbarkeit der Verträge der Versicherungsnehmer jederzeit gesichert ist. Die biometrischen Rechnungsgrundlagen der Tarife, zum Beispiel Sterbe- oder Invalidisierungswahrscheinlichkeiten, unterliegen jährlichen Schwankungen und können sich über die Zeit ändern. Zu diesem Zweck erfolgen aktuarielle Analysen, einerseits unternehmensintern, andererseits aber vornehmlich durch Experten in entsprechenden Arbeitsgruppen der Deutschen Aktuarvereinigung (DAV). Im Hinblick auf biometrische Risiken wurden bei der Berechnung der Deckungsrückstellungen vorsichtig bemessene Rechnungsgrundlagen verwendet, die von der Delta Lloyd Lebensversicherung auf Basis der vorgenannten Analysen als angemessen angesehen werden.

Garantiezinsrisiko

Sowohl stark fallende als auch stark steigende Zinsen stellen ein Risiko für die Hamburger Lebensversicherung AG dar. In dem derzeitigen Umfeld niedriger Kapitalmarktzinsen muss sie die Mindestverzinsung, die sie garantiert, in der zugesagten Höhe erwirtschaften. Mit Änderung der Deckungsrückstellungsverordnung im März 2011 ist die Bildung einer zusätzlichen Deckungsrückstellung (Zinszusatzreserve) bei rückläufigen Marktzinsen erforderlich. Diese Erhöhung der Deckungsrückstellung dient der Stärkung der Sicherheitsmargen im derzeitigen Niedrigzinsumfeld. Darüber hinaus ist es das Ziel der Hamburger Lebensversicherung AG mit einer entsprechenden Kapitalanlagestrategie diesen Herausforderungen gerecht zu werden. Die Angemessenheit der Kapitalanlagestrategie wird durch regelmäßige ALM-Analysen überprüft und bei Bedarf angepasst.

Stornorisiko

Die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen erfolgt - mit Ausnahme der biometrisch nachreservierten Rentenversicherungen - ohne den Ansatz von Stornowahrscheinlichkeiten. Die Angemessenheit der bei den biometrisch nachreservierten Rentenversicherungen verwendeten Stornowahrscheinlichkeiten wird regelmäßig überprüft.

Innerhalb des Reserverisikos stellt das Garantiezinsrisiko im derzeitigen Kapitalmarktumfeld das wesentliche Risiko dar. Bei einem Rückgang des für die Ermittlung der Zinszusatzreserve relevanten einjährigen Referenzzinses, der in die 10-Jahres-Durchschnittsbildung eingeht, um 25 Basispunkte gegenüber der in der Planung getroffenen Annahme erhöht sich der Aufwand für die Zinszusatzreserve um 0,7 Mio. €.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen

Es liegen keine Forderungen gegenüber Versicherungsvermittlern vor.

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 3,0 Mio. Euro, davon 0,37 Mio. Euro älter als 90 Tage.

Die durchschnittliche Ausfallquote der letzten drei Jahre betrug 1,1 Prozent.

Forderungsausfälle gegenüber Rückversicherern sind aufgrund der bestehenden Erfahrungen nicht zu erwarten. Die Hamburger Lebensversicherung AG arbeitet mit den weltgrößten und bonitätsstärksten Partnern in diesem Bereich zusammen. Sie verfügen über folgende Ratings von Standard & Poor's:

- | | |
|-------------------------------------|------|
| • Münchner Rück | AA- |
| • Scor Vie (SA) | A+ |
| • General Reinsurance AG | AA+ |
| • Delta Lloyd Lebensversicherung AG | N.R. |

Die Delta Lloyd Lebensversicherung AG ist ein verbundenes Unternehmen, liegt kein Rating vor. Zum Bilanzstichtag bestehen keine offenen Abrechnungsforderungen gegenüber Rückversicherern.

Risiken aus Kapitalanlagen

Das Kapitalanlagerisiko ist eines der größten Risiken eines Lebensversicherers, da die garantierten Leistungen erwirtschaftet werden müssen. Insbesondere müssen die Anforderungen der Aufsicht an Rentabilität, Sicherheit und Liquidität sowie Mischung und Streuung der Kapitalanlagen erfüllt werden.

Die Kapitalmärkte 2013 standen im Zeichen der Zentralbank-Politik

Das Kapitalmarktgeschehen 2013 wurde durch die Politik der europäischen und amerikanischen Zentralbanken bestimmt. Die Frage ob EZB und FED ihre Politik der extrem niedrigen Zinsen und der Bondankäufe ändern würde und wenn ja wann, standen im Vordergrund.

In den ersten Monaten des Jahres 2013 gaben die Renditen - speziell bei den langlaufenden Bonds - tendenziell eher nach. In der Eurozone waren verstärkt die Bundesanleihen als safe haven gefragt, was auf anhaltende Sorgen um ein erneutes Anfachen der Staatsschuldenkrise zurückzuführen war. Hinzu kam die verstärkte Suche der Anleger nach Rendite. Lag die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen Ende des Jahres 2012 noch bei knapp 1,36 % sackte diese bis Ende April bis auf unter 1,20 % ab.

Im Mai kam es dann erstmals zur Kurswende. Bei der US-Zentralbank deutete sich im Urteil vieler Marktakteure ein Schwenk in der Geldpolitik an, der fortan für Diskussionen an den Märkten sorgte. Vermutungen, die FED könnte womöglich früher als gedacht die markt- und konjunkturstützenden Käufe von Staatsanleihen und hypothekenbesicherten Bonds (Mortgage Backed Securities) kürzen. Die Fed nahm Monat für Monat Wertpapiere im Umfang von 85 Mrd. Dollar aus dem Markt. 45 Mrd. Dollar entfielen dabei auf die US-Staatsanleihen (Treasuries) und 40 Mrd. Dollar auf die Agency-MBS. Wenn die FED diese Stützungskäufe reduzierte und das womöglich auch noch sprunghaft, bricht den Märkten ein steter Zustrom von Liquidität weg. Das könnte dann wiederum zu stark steigenden Renditen am Markt führen - so die Befürchtung vieler Marktteilnehmer. In der Folgezeit kam es dann bei den US-Staatsanleihen zu Renditesteigerungen. Im Schlepptau des US-Marktes zogen auch die Renditen der Bundesanleihen an. Bis auf knapp über 2 % kletterte die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe bis Anfang September. In der Folgezeit wurde immer wieder darüber diskutiert, ab wann es zum Beginn des Tapering kommen könnte. Fielen US-Konjunkturdaten und Arbeitslosenzahlen robuster als erwartet aus, wurde die Diskussion über das Tapering wieder lauter geführt. Zeigten Daten eine schwächere Verfassung der US-Wirtschaft an, wurde die Debatte wieder leiser. Per saldo kamen die Renditen bei den Staatstiteln in den USA und bei den Bundesanleihen ab September wieder zurück. Die Jahrestiefs wurden jedoch nicht wieder gesehen.

Im Dezember 2013 verkündete dann die FED bei der letzten Sitzung des Jahres 2013 überraschend den Beginn des Tapering ab Januar 2014. Gekürzt wird um 10 Mrd. Dollar.

Zum Jahresende 2013 lag die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe bei 1,94 % und damit fast 60 Basispunkte über dem Stand vom Jahresanfang. Dies spricht nicht für eine Ausverkaufsstimmung bzw. größere Marktverwerfungen.

Parallel zu dieser Entwicklung sorgten die verbesserten ökonomischen Daten aus Irland und das Ausbleiben weiterer Hiobsbotschaften aus den südeuropäischen Staaten für weitere Entspannung an den europäischen Zinsmärkten. Teilweise hoffen die Investoren auf eine baldige wirtschaftliche Erholung des Südens. So sank z.B. die Rendite zehnjähriger spanischer Staatsanleihen von ca. 5,00 % vom Anfang des Jahres, nach einem kurzen Anstieg im Februar, zum Ende des Jahres sogar bis auf 4,16%.

Die aufsichtsrechtlichen Vorschriften zur Mischung und Streuung werden bei der Festlegung der Kapitalanlagestrategie berücksichtigt. Eine besondere Konzentration von Risiken nach Wertpapier- bzw. Branchensegmenten besteht wie bei deutschen Lebensversicherern üblich auf deutsche Banken. Zur Begrenzung des Konzentrationsrisikos werden neben den aufsichtsrechtlichen Limiten jene Emittenten besonders überwacht, die eine Konzentration von mindestens 5% aufweisen. Des Weiteren wird die Bonität der Emittenten regelmäßig kontrolliert.

Um eine optimale Entscheidungsfindung zu gewährleisten, gibt es bei der Hamburger Lebensversicherung AG eine spezielle Vorstandssitzung Finanzen, die über die strategische Asset-Allokation sowie über Investitionen mit besonderem Charakter, zum Beispiel Absicherungsmaßnahmen, entscheidet.

Der Wert von Kapitalanlagen ist stets den Schwankungen der Finanzmärkte unterworfen. Im Rahmen von regelmäßig durchgeführten Stresstests wird die Werthaltigkeit des Bestandes überprüft. Die verwendeten Szenarien sind die in der Branche üblichen Stresstests.

Zu den Risiken aus Kapitalanlagen gehören Marktpreis-, Bonitäts- und Liquiditätsrisiken.

Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko umfasst das Zinsänderungsrisiko, Kursrisiken aus Aktien- und sonstigen Eigenkapitalpositionen sowie aus Immobilien, das Konzentrationsrisiko sowie das Währungsrisiko. Darüber hinaus wurde seit diesem Jahr das Wiederanlagerisiko gesondert betrachtet.

Unter dem *Zinsänderungsrisiko* versteht man die Ungewissheit über die zukünftige Entwicklung des Marktzinses und einen damit verbundenen Kursverlust bei steigendem Marktzinsniveau. Im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Assetmanagement der holländischen Muttergesellschaft werden bei Bedarf Zinsänderungsrisiken mittels Zins-Hedge abgesichert. Derzeit ist die Hamburger Lebensversicherung AG überwiegend in Namenspapiere und Schuldscheindarlehen investiert, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden sollen, so dass die bilanziellen Auswirkung von Kursschwankungen begrenzt ist.

Das *Kursrisiko* bezeichnet das Risiko aus der negativen Preis- bzw. Wertentwicklung von Aktien und sonstigen Eigenkapitalpositionen sowie von Immobilien. Im Rahmen der gruppenweiten Reduzierung der Aktienquote hat das Risiko aus Aktien und sonstigen Eigenkapitalpositionen keinen wesentlichen Einfluss auf die Finanzlage der Gesellschaft. Das Immobilienportfolio beläuft sich auf 12,2 % der gesamten Kapitalanlagen und wird regelmäßig überwacht.

Die Auswirkungen des Kursrisikos hinsichtlich eines Kursverlustes auf den Zeitwert von Aktien sowie des Zinsänderungsrisikos hinsichtlich einer Verschiebung der Zinskurve um einen Prozentpunkt nach oben oder unten auf den Zeitwert von festverzinslichen Wertpapieren und Ausleihungen werden regelmäßig überprüft. Darüber hinaus wurden die vorgeschriebenen Stresstests der Aufsicht durchgeführt und bestanden. Die Auswirkung der vier Stresstest-Szenarien der BaFin stellt sich zum 31.12.2013 wie folgt dar:

	Szenariobeschreibung	Marktwertreduzierung in TEUR	Prozentualer Rückgang Kapitalanlagen
Szenario 1	Renten -10%	0	0,0
Szenario 2	Aktien -22%	355	0,1
Szenario 3	Aktien -15% Renten -5%	242	0,1
Szenario 4	Aktien -15% Immobilien -10%	6.992	1,6

Die Auswirkung einer Verschiebung der Zinsstrukturkurve um einen Prozentpunkt nach oben und unten stellt sich wie folgt dar:

	Hypotheken (TEUR)	NP/SSD (TEUR)	Inhaberpapiere (TEUR)
- 100 BP	14.155,64	225.102,31	168.164,49
Marktwert (TEUR)	13.680,87	217.528,28	156.397,33
+ 100 BP	13.208,54	209.430,57	145.646,83

Die Auswirkungen auf die Wertpapiere können, bei relativer und absoluter Betrachtung, als moderat interpretiert werden.

Das *Konzentrationsrisiko* bezeichnet das Risiko, das sich durch das Eingehen einzelner Risiken oder stark korrelierender Risiken ergibt, so dass ein bedeutendes Schaden- oder Ausfallrisiko besteht. Aufgrund kontinuierlicher Überprüfung der Einhaltung von Grenzen, die sich aus der Anlagenverordnung sowie aus der Kapitalanlagestrategie und den daraus hervorgehenden Vorgaben zur Mischung und Streuung ergeben, sind keine wesentlichen Konzentrationsrisiken für die Gesellschaft erkennbar.

Das *Währungsrisiko*, das aus der Unsicherheit über die künftige Entwicklung von Wechselkursen hervorgeht, ist als vernachlässigbar einzustufen, da die Gesellschaft keine nennenswerten Fremdwährungspositionen eingeht.

Unter dem *Wiederanlagerisiko* wird die Differenz zwischen dem in der Mehrjahresplanung verwendeten Planzins sowie dem tatsächlichen Marktzins gefasst. Aufgrund des erhöhten Wiederanlagebedarfs in Verbindung mit der aktuellen Niedrigzinsphase wird das Wiederanlagerisiko seit diesem Jahr erstmals unter den Marktpreisrisiken erfasst, um auf detaillierter Informationsbasis zielgerichtete Kapitalanlageentscheidungen herbeizuführen.

Bonitätsrisiko

Unter dem Bonitätsrisiko versteht man die Zahlungsunfähigkeit oder Illiquidität des Schuldners, das heißt die Unmöglichkeit zur termingerechten Erfüllung seiner Zahlungsverpflichtungen. Außerdem wird die Auswirkung auf den Credit-Spread berücksichtigt. Soweit möglich wird die Einstufung der Bonität mittels externer Rating-Agenturen (z.B. Standard & Poor`s) vorgenommen. Das Portfolio der Hamburger Lebensversicherung AG umfasst hauptsächlich Namenspapiere, Schuldscheindarlehn und Inhaberpapiere. Neben einem wesentlichen Anteil an Immobilien und Hypotheken beinhaltet das Gesamtportfolio darüber hinaus Investmentfonds, Beteiligungen und Tagesgelder.

Wertpapierart	Buchwert (TEUR) 31.12.2012	Rating nach S&P (TEUR)	
Investmentfonds und FLV	54.269,5	N.R.	54.269,5
Staatsanleihe	99.719,4	AA	59.983,9
		A	15.077,4
		BBB	24.658,1
Unternehmensanleihe	47.216,9	AA	7.238,8
		A	7.207,1
		BBB	29.822,6
		BB	2.948,5
Kreditinstitute	180.791,5	AAA	50.940,7
		AA	32.000,0
		A	71.947,2
		BBB	25.903,6
Pfandbriefe	23.281,3	AAA	10.104,1
		AA	3.332,7
		A	9.844,5
Beteiligungen/ andere Kapitalanlagen	13.182,4	N.R.	13.182,4
Tagesgeld	9.800,0	N.R.	9.800,0
Summe	428.261,0		428.261,0

Da aufgrund regulatorischer Vorgaben lediglich Wertpapiere zwischen AAA und BBB- dem Sicherungsvermögen hinzugerechnet werden, kann, mit Blick auf den erhöhten Anteil an Wertpapieren im Lower Medium Grade (BBB+ bis BBB-), die weitere Herabstufung den Verkauf und die Wiederanlage in andere Wertpapiere erfordern.

Hierbei kann es, unter Annahme sinkender Kurse in Folge der Herabstufung, zur Realisierung stiller Lasten kommen. In diesem Fall besteht für die freigewordenen liquiden Mittel das Wiederanlagerisiko.

Bei der Hamburger Lebensversicherung AG wurde der Bestand an Staatsanleihen der GIIPS-Staaten durch Investitionen in Irland und Italien ausgeweitet. Hintergrund für diese Entscheidung ist die positive wirtschaftliche Entwicklung Irlands, was Ende des Jahres aus dem europäischen Rettungsschirm aussteigen konnte, sowie unsere verringerte Risikoeinschätzung für Italien, die durch die Entwicklung des Marktzinses bestätigt wurde.

Folgende Anlagen befinden sich bei der Hamburger Lebensversicherung AG im Bestand:

	Buchwert (TEUR)	Marktwert (TEUR)
Spanien	12.129,8	15.364,2
Irland	15.207,6	15.547,5
Italien	16.857,3	17.521,9

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr einer nicht termingerechten Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen. Mögliche Liquidierungen von Kapitalanlagen zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit können mit Verlusten verbunden sein. Im Rahmen einer entsprechenden kurzfristigen Liquiditätsplanung, d.h. der Gegenüberstellung der eingehenden und ausgehenden Zahlungsströme auf Monatsbasis, wird dieses Risiko überwacht. Darüber hinaus ist eine längerfristige Gegenüberstellung der Versicherungsleistungen und der Kapitalanlagen implementiert. Ziel ist die Sicherstellung der Bedeckung der Passivseite durch die Aktivseite der kommenden Jahre.

Risiken aus dem Einsatz derivativer Finanzinstrumente

Unter derivativen Finanzinstrumenten sind abgeleitete Finanztitel (Derivate) zu fassen, die sich auf andere, originäre Finanzinstrumente beziehen. In der Berichtsperiode verfügte die Gesellschaft diesbezüglich über keine Positionen.

Operationelle Risiken

Unter operationellen Risiken versteht die Hamburger Lebensversicherung AG die Gefahr von Verlusten, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Prozessen, Menschen und Systemen oder in Folge von externen Ereignissen eintreten.

Alle identifizierbaren operationellen Risiken der Hamburger Lebensversicherung AG werden standardisiert erfasst und quartalsweise hinsichtlich ihrer Entwicklung von den Risk Ownern aktualisiert. Notwendige Maßnahmen zur Reduzierung werden dokumentiert und überwacht. Eine Überprüfung erfolgt durch die unabhängige Risikocontrollingfunktion und das ORC, welche ggf. weitere Maßnahmen vorschlagen.

Zum Aufbau einer Datenhistorie für Schäden aus operationellen Risiken erfolgt eine standardisierte Erfassung aller eingetretenen Schäden ab 500,- Euro an das Zentrale Risikomanagement. Dort werden die Daten in einer Schadendatenbank zusammengeführt.

Prozessrisiken

Im Managementfokus stehen die Dokumentation und Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation und die Anreizsysteme vor dem Hintergrund der MaRisk sowie die Weiterentwicklung der Controlling- und Informationssysteme. Die Bestandsverwaltung der Gesellschaft erfolgt auf einem eigenen System. Sicherungssysteme wie das Vier-Augen-Prinzip oder maschinelle Plausibilitätsprüfungen innerhalb der Bestandsführung reduzieren mögliche Fehler in den Arbeitsabläufen. Darüber hinaus wurden Vorgaben zur Dokumentation aller Hauptprozesse der Gesellschaft erstellt, um Prozesse und Kontrollen einheitlich und transparent zu dokumentieren.

Personelle Risiken

Zu den personellen Risiken der Hamburger Lebensversicherung AG gehören die qualitative und quantitative Personalausstattung sowie die Vermeidung wirtschaftskrimineller Handlungen.

Dem aufgrund des Run-off-Geschäftsmodells der Gesellschaft steigendem Risiko, vermehrt qualifiziertes Personal zu verlieren und möglicherweise keinen geeigneten Ersatz am Markt rekrutieren zu können, wird über die Planung und Durchführung geeigneter Weiterbildungsmaßnahmen begegnet. Hierdurch wird sichergestellt, dass Mitarbeiter kontinuierlich und bedarfsgerecht an die aktuellen Herausforderungen herangeführt werden. So können auch arbeitsmarktbedingte Engpässe bei der Besetzung von Stellen mit Spezialisten ausgeglichen werden.

Um unerwünschten Kündigungen von Key-Playern vorzubeugen, werden individuelle Bindungsmaßnahmen gestaltet und angeboten, um entsprechende Anreize und Perspektiven für den Mitarbeiter innerhalb des Unternehmens zu schaffen.

Zur Bekämpfung von wirtschaftskriminellen Handlungen besteht seit 2007 für den Konzern der Delta Lloyd Deutschland AG eine Richtlinie zur Vermeidung wirtschaftskrimineller Handlungen. Die Unternehmen der Delta Lloyd Deutschland AG sind danach verpflichtet, das Auftreten von wirtschaftskriminellen Handlungen jedweder Art zu vermeiden und insbesondere alle Maßnahmen zu veranlassen, um diese aufzudecken, zu untersuchen und zu dokumentieren. Verfehlungen in diesem Zusammenhang sollen konsequent geahndet werden. Das Anti-Fraudmanagement ist für die Anforderungen an die notwendigen Prozesse und Methoden zur Bekämpfung doloser Handlungen verantwortlich.

System- und Technologierisiken

Die Hamburger Lebensversicherung AG misst insbesondere der IT-Sicherheit eine große Bedeutung bei. Die Umsetzung der Anforderungen an den Datenschutz wird durch die Tätigkeit des Datenschutzbeauftragten sichergestellt. Seit 2007 ist ein IT-Sicherheitsbeauftragter berufen, um Anforderungen an die IT-Sicherheit zu definieren und deren Umsetzung zu überwachen.

Um IT-Risiken, wie beispielsweise der Teil- oder Totalausfall von Systemen oder gravierende Datenverluste zu vermeiden, werden unter anderem Firewalls und Virenschutzprogramme eingesetzt und stets aktualisiert. Des Weiteren finden Datenauslagerung und räumliche Trennung kritischer Komponenten und Backups statt. Die Funktionsfähigkeit der Verfahren wird regelmäßig getestet.

Externe Risiken

Bei den externen Risiken stehen bei der Hamburger Lebensversicherung AG insbesondere das Rechtsrisiko, die Abhängigkeit von Outsourcing-Partnern und der mögliche Katastrophenfall im Fokus.

Das grundsätzlich immer bestehende Rechtsrisiko (Non-Compliance) wird durch die Tätigkeit der juristischen Abteilung und das Compliance Office reduziert. Die gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen werden fortlaufend überwacht. Insbesondere prüfen der Geldwäschebeauftragte, der Datenschutzbeauftragte, der Compliance Officer sowie die Konzernrevision regelmäßig die Einhaltung einschlägiger Vorschriften.

Prozesse mit einem nachhaltigen Risiko gegen die Hamburger Lebensversicherung AG sind nicht anhängig.

Durch das Urteil des EuGH vom 19.12.2013 bezüglich der Widerrufsfrist des § 5a VVG a.F. könnten mögliche Ansprüche der Kunden gegenüber allen deutschen Lebensversicherungsunternehmen entstehen. Hierbei bleibt abzuwarten wie der BGH die diversen anhängigen Fälle entscheiden wird, jedoch sieht der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) derzeit keine Veranlassung Rückstellungen für diese möglichen Risiken zu bilden.

Solvency II

Bereits Ende 2012 wurde seitens der Vertreter der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) sowie seitens Vertretern der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) eine mögliche Verschiebung des Inkrafttretens der Richtlinie 2009/138/EC (Solvency II) aufgeworfen. Im Omnibus II-Trilog wurde am 13. November 2013 schließlich Klarheit geschaffen und ein neuer Zeitplan fixiert. Demnach ist Solvency II bis zum 31. März 2015 von den Mitgliedstaaten in nationales Recht umzusetzen. Die Anwendung dieser risikoorientierten Solvenzregelungen wird zum 1. Januar 2016 erfolgen.

Als Reaktion auf die Niedrigzinsphase können Unternehmen hierbei, nach Genehmigung der Aufsicht, statt der Solvency II Zinsstrukturkurve eine Übergangslösung mit einer Laufzeit von 16 Jahren für den Bestand wählen.

Aufgrund dieser zweijährigen Verschiebung wird ein mögliches Auseinanderdriften nationaler Regulierungen befürchtet. Um dies zu verhindern hat EIOPA im August dieses Jahres bereits aufsichtsrechtliche Leitlinien zur Vorbereitung auf Solvency II (Intermediate Measures) veröffentlicht, in denen sie bereits ab dem 1. Januar 2014 eine europaweite Umsetzung von wesentlichen Teilbereichen aus der Säule II vorschlägt. Dies betrifft die Bereiche FLAOR (Forward-Looking Assessment of Own Risk- früher ORSA „Own Risk and Solvency Assessment“) sowie Governance-Anforderungen. Ebenso werden Regelungen zur Vorantragsphase für Interne Modelle umfasst.

Am 20.12.2013 hat die BaFin auf ihrer Internetseite verlautbart, diesen Vorschlägen vollumfänglich nachzukommen.

Im Zuge dieser Vorbereitungsphase auf Solvency II will die BaFin auch sicherstellen, dass Lebensversicherer die Kapitalanforderungen nach Solvency II zum Inkrafttreten des neuen Aufsichtssystems (1. Januar 2016) voll umfassend erfüllen können. Zu diesem Zweck ist geplant, im Sommer 2014 eine quantitative Vollerhebung bei den deutschen Lebensversicherungsunternehmen durchzuführen.

Diese soll eine Bestandsaufnahme der Solvenzausstattung nach Säule I und eine Analyse der Wirkungsweisen einzelner von der Aufsichtsbehörde definierter Stabilisierungsmaßnahmen umfassen.

Ausgehend von der ursprünglich bereits zum 01. Januar 2013 anvisierten Inkraftsetzung der neuen Solvenzregelungen wurde in der Gesellschaft zur erfolgreichen Umsetzung bereits 2011 ein internes Projekt aufgesetzt und ein Projektteam etabliert. An der Umsetzung der im Projektplan definierten Meilensteine wurde im Berichtsjahr planmäßig gearbeitet; das erforderliche Know-how zur Implementierung der Anforderungen des neuen Aufsichtsregimes wurde weiter ausgebaut.

Im Hinblick auf die veröffentlichten aufsichtsrechtlichen Leitlinien zur Vorbereitung auf Solvency II wird der Projektplan 2014 entsprechend modifiziert. Aufgrund der engen Einbindung der Gesellschaft in die Solvency II Prozesse der niederländischen Muttergesellschaft, Delta Lloyd N.V., Amsterdam, sind bereits einige der in den Leitlinien genannten Maßnahmen – insbesondere der Säule II - im Berichtsjahr intensiv vorangetrieben worden. Mit den Implementierungsaktivitäten wird 2014 weiter fortgefahren.

Insourcing Front und Back Office

Die Delta Lloyd Deutschland AG hatte die Kapitalanlageverwaltung bis Mitte des Berichtsjahres an die KAS Investment Servicing GmbH (KIS) ausgelagert. Der mit der Delta Lloyd Deutschland AG (für die Hamburger Lebensversicherung AG) geschlossene Funktionsausgliederungsvertrag, der die Übernahme der Kapitalanlagebuchhaltung durch die KIS vorsah, wurde aus strategischen Gründen fristgerecht zum 01.07.2013 gekündigt. Der neben diesem Vertrag bestehende Dienstleistungsvertrag über die Kapitalanlage zwischen der KIS und der Delta Lloyd Asset Management N.V., Amsterdam, verlor zu gleichem Datum seine Wirkung.

Zum 01.07.2013 erfolgte für die Tätigkeiten des Front- und des Backoffices eine Wiedereingliederung in die Delta Lloyd Lebensversicherung. Zur Abwicklung der Kapitalanlagebuchhaltung und –verwaltung wurde eine Softwarelösung erworben und implementiert sowie Prozesse definiert. Bezüglich der Kapitalanlage werden Entscheidungen durch das wiedereingegliederte Front Office getroffen. Die zuvor als Asset Manager agierende Delta Lloyd Asset Management N.V. nimmt hierbei eine Beratungsfunktion wahr.

Die Wiedereingliederung der beiden Bereiche erfolgte unter Beachtung der in dem Rundschreiben 3/2009 (VA) geforderten Funktionstrennungsaspekten.

Sonstige Risiken

Zu den sonstigen Risiken gehören das strategische Risiko und das Kostenrisiko.

Das strategische Risiko liegt im Wesentlichen in der Veränderung der Marktsituation verbunden mit negativen Auswirkungen auf das Geschäftsmodell. Ein wesentlicher Kernpunkt zur Begegnung dieser Risiken ist die mittelfristige Strategie der Hamburger Lebensversicherung AG. Aus diesem Grund analysiert der Konzern regelmäßig sein deutsches Marktumfeld und erstellt darauf aufbauend die Mehrjahresplanung. Nach Auswertung der Analysen hat der Konzern 2010 entschieden, das Neugeschäft für die Lebensversicherungsgesellschaften der Delta Lloyd Deutschland AG einzustellen.

Auch nach Einstellung der zunächst anvisierten Transaktion an Nomura im November 2012, setzt Delta Lloyd N.V. die Suche nach strategischen Optionen für die Gesellschaften weiterhin fort.

Das Kostenrisiko bei einem Lebensversicherer mit der strategischen Ausrichtung „Going concern mit Abwicklung der Versicherungsbestände“ ist bedingt durch den abnehmenden Kapitalanlagebestand und der fälligen bzw. gekündigten Versicherungsverträge fortlaufend zu überwachen. Im Rahmen der Mehrjahresplanung wird die Kostenstruktur der Delta Lloyd Deutschland AG an die Bestandsentwicklung angepasst.

Zusammenfassung der Risikolage

Wesentliche Änderungen zum Vorjahr:

Bei den *finanziellen Risiken* wurde in Übereinstimmung mit der verfolgten Kapitalanlagestrategie weiterhin kein Aktienrisiko eingegangen. Ebenso wurde durch Reduzierung des Immobilieninvestments eine wesentliche Senkung des Immobilienkursrisikos erreicht.

Erstmalig wurde im Berichtsjahr das Wiederanlagerisiko im Rahmen der Risikoinventur als für die Gesellschaft relevant eingestuft, da aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase das Risiko besteht, in Investments mit zu geringem Zins zu investieren.

Im Rahmen der *operationellen Risiken* konnte aufgrund des Insourcing der Kapitalanlagenbuchhaltung sowie des Asset Managements das zuvor gebundene Risikokapital in der zweiten Hälfte des Jahres anderen Risikokategorien bereitgestellt werden.

Zusammenfassend sehen wir, unter Berücksichtigung der von uns ergriffenen Maßnahmen, derzeit keine Entwicklung, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unserer Gesellschaft bestandsgefährdend beeinträchtigt.

Insbesondere im Hinblick auf die derzeitige Niedrigzinsphase, wird der Mehrjahresplanung hohe Bedeutung beigemessen. Sowohl in der Kapitalanlage als auch hinsichtlich weiterer Kostenoptimierung wird die Gesellschaft vorausschauend ausgerichtet, um die langfristige Erfüllbarkeit der gegenüber Versicherungsnehmern zugesagten Garantien zu gewährleisten.

Die beschriebenen Kontrollmechanismen und Instrumente gemäß MaRisk VA tragen in ihrer Gesamtheit dazu bei, dass die Hamburger Lebensversicherung AG über ein wirksames Risikomanagement verfügt, welches bestandsgefährdende Risiken frühzeitig erkennen und die notwendigen Gegenmaßnahmen veranlassen kann.

Die *Solvabilitätsvorschriften* gemäß § 53c VAG wurden durch die Hamburger Lebensversicherung AG erfüllt: Die Solvabilität des Unternehmens betrug per 31. Dezember 2013 165,6% und liegt damit über der Mindestanforderung von 100%. Bewertungsreserven wurden dabei nicht berücksichtigt.

Die Hamburger Lebensversicherung AG verfügt damit über ein angemessenes Risikoüberwachungssystem zur Sicherstellung der Erfüllbarkeit der Solvabilität.

Ausblick

Wirtschaftliche Entwicklung

Nach der Abkühlung des globalen Weltwirtschaftswachstums auf voraussichtlich 2,9 Prozent für das Geschäftsjahr 2013, erwarten wir für das Jahr 2014 positive Impulse für das Wachstum. Nach vorsichtigen Schätzungen erwarten wir einen Anstieg zum Vorjahr von 3,5 Prozent bis 3,7 Prozent. Dabei wird die verbesserte Wachstumsdynamik durch einen parallelen Anstieg der Wirtschaftsleistung der Industriestaaten und Schwellenländer getragen. So erwarten wir einen positiven Beitrag zum Wachstum der USA für 2014 von 2,6 Prozent bis 2,8 Prozent sowie einen Anstieg des Wachstums des Euroraums in der Spannbreite zwischen 0,7 Prozent bis 1,0 Prozent (Vorjahr: voraussichtlich – 0,4 Prozent). Die eingeleiteten Restrukturierungsmaßnahmen in vielen EU-Ländern, die verbesserte Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder z. B. durch die Senkung der Lohnstückkosten sowie die Liquiditätsversorgung durch die Europäische Zentralbank werden das Wachstum im Euroraum unterstützen. Aber auch die BRIC Staaten werden 2014 einen positiven Beitrag zu einer Steigerung des weltweiten Wirtschaftswachstums beitragen. Nachdem sich diese Staaten voraussichtlich um rund 5,7 Prozent in 2013 verbessert haben, ist für 2014 ein Wachstum von 5,8 Prozent bis 6,0 Prozent zu erwarten.

Nachdem Deutschland bereits in den Jahren 2012 und 2013 für den Euro-Raum die Wachstumslokomotive war, gehen wir für 2014 davon aus, dass es in dieser Rolle keine Änderung geben wird. Nach einem Anstieg von voraussichtlich 0,5 Prozent erwarten wir ein Wachstum von 1,5 Prozent bis 1,7 Prozent für 2014. Zu diesem Anstieg tragen insbesondere die starke deutsche Binnennachfrage, aber auch der Anteil am weltweiten Außenhandel Deutschlands bei, der in der Summe mit wachsender Weltkonjunktur zunehmen wird. Aber auch Länder wie Italien und Spanien werden nach 2 Jahren mit negativem Wachstum mit jeweils 0,7 Prozent voraussichtlich einen positiven Beitrag zum Wachstum des Euroraums beitragen.

Die FED hat angekündigt, ab Januar 2014 das Tapering von 85 Mrd. Dollar auf 75 Mrd. Dollar pro Monat zurückzufahren und damit die Normalisierung der Geldpolitik einzuleiten. Die Europäische Zentralbank wird voraussichtlich bei ihrer ultra expansiven Politik bleiben. Wie die Zinssenkung im 4. Quartal 2013 zeigt, wird sie alles unternehmen, um die Krise in Europa zu entspannen. Es ist von den Zentralbanken für 2014 nicht mit einer Zinserhöhung zu rechnen.

Auf Grund der positiven Erwartungen für das Wirtschaftswachstum in der Eurozone in 2014 sowie der Entspannung in den Krisenländern Spanien und Portugal, die wieder an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen haben und Irland, das nach einer erfolgreichen Staatshaushaltssanierung den Austritt aus dem Rettungsschirm für 2014 vorbereitet, sehen wir ein moderates Anstiegspotential für die Renten. Bei 10jährigen Bundesanleihen rechnen wir für 2014 mit einem moderaten Anstieg auf einen Zins von 2,4 Prozent bis 2,5 Prozent im Laufe des Jahres. Den DAX sehen wir für das kommende Jahr wieder ansteigen, allerdings nicht in dem Ausmaß der letzten beiden Jahre. Wir sehen den DAX über 10.000 Punkten in einer Spannbreite zwischen 10.000 bis 10.500 Punkten. Der Anstieg lässt sich mit den verbesserten Konjunkturaussichten, der Stabilisierung der Euro-Zone, zu erwartenden steigenden Unternehmensgewinnen aber auch auf den Mangel an Alternativen im Anleihenbereich begründen.

Lebensversicherungsmarkt

Die zu erwartende Politik der Europäischen Zentralbank, die Zinsen auf niedrigem Niveau zur Unterstützung der Sanierung der Staatshaushalte vieler Euro-Staaten zu halten, wird weiterhin Einfluss auf die deutsche Lebensversicherungsbranche haben.

Nach bisher vorliegenden Informationen ist es branchenweit für das Jahr 2014 zu eines Herabsenken der Überschussbeteiligung gekommen. Dies wie auch die Realisierung stiller Reserven im Kapitalanlagebestand sind wichtige Möglichkeiten zur Finanzierung der Aufwendungen aus der Zuführung zur Zinszusatzreserve. Wegen der niedrigen Zinsen wird die Zinszusatzreserve voraussichtlich in 2014 weiterhin ansteigen.

Für das kommende Jahr erwarten wir eine stabile Entwicklung der gebuchten Brutto-Beiträge. Wir sehen hier insbesondere bei den Einmalbeiträgen eine gewisse Volatilität in der Entwicklung, die auch in Abhängigkeit von den niedrigen Zinsen steht. Steigende Zinsen erhöhen die Investment- Alternativen zu Einmalbeiträgen in Kapitalisierungsgeschäften.

Die Scharfschaltung von Solvency II auf den 01. Januar 2016, die durch die Einigung in den Triloggesprächen auf Europäischer Ebene möglich war, wird zu verstärkten Anstrengungen zur Umsetzung in der gesamten Versicherungsbranche führen. Die Einigung wurde unter anderem auch deshalb möglich, weil die Abbildung der Garantien für die Lebensversicherungsverträge einvernehmlich geregelt werden konnte, indem eine relativ lange Übergangsfrist von 16 Jahren die Belastungen für die deutschen Lebensversicherungsunternehmen entschärft hat. Auch im Geschäftsjahr 2014 werden bereits Reportings an die BaFin zu erstellen sein. Die BaFin fordert eindringlich, alle Anstrengungen für eine Umsetzung in Gang zu setzen. Eine weitere Herausforderung für die Branche wird auch der Termin 01. Februar 2014 sein, zu dem SEPA final eingeführt wird. Inwieweit die neue Bundesregierung Maßnahmen ergreifen wird, um die Beteiligung der ausscheidenden Versicherungsnehmer an stillen Reserven auf festverzinsliche Wertpapiere einzuschränken, bleibt abzuwarten.

Hamburger Lebensversicherung AG

Im Rahmen unseres aktiven Run-off Lebensversicherungsgeschäftes steht die Optimierung von Verwaltungsprozessen im Fokus unserer Aktivitäten. Für unsere Kunden und für die Verträge mit den Versicherungsnehmern wird sich nichts ändern. Diese werden unverändert weiterlaufen und in gewohnter Weise von unseren Mitarbeitern betreut werden. Den Verpflichtungen gegenüber unseren Versicherungsnehmern werden wir auch weiterhin nachkommen. Änderungen an Verträgen ergaben sich ausschließlich auf Grund gesetzlicher Änderungen. Hier ist im Vorjahr insbesondere auf die SEPA-Umstellung hinzuweisen.

Die Kosten unserer Gesellschaft versuchen wir über die Optimierungsprozesse zu verschlanken. Die laufende Verzinsung (Garantiezins zuzüglich Zinsgewinn) haben wir auf Vorjahresniveau belassen. Dies ist insbesondere auf die durch die Europäische Zentralbank künstlich niedrig gehaltenen Zinsen zurückzuführen.

Als Lebensversicherungsunternehmen im Run-off planen wir unsere Beiträge für das kommende Geschäftsjahr vorsichtig unter Berücksichtigung konservativer Stornoannahmen. Hierin findet die negative Presse über die Versicherungsbranche ebenso Berücksichtigung wie die Urteile oberster Gerichte. Hier zu erwähnen ist unter anderem das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 19.12.2013, in dem der EuGH zu der in § 5a Abs. 2 VVG a.F. verankerten Ausschlussfrist für das sogenannte Policenmodell Stellung nimmt. Der EuGH verweist dieses Thema zurück an den BGH. Gemäß dieser vorsichtigen Kalkulation erwarten wir gebuchte Bruttobeiträge von rund 20,3 Mio. Euro für 2014.

Die große Herausforderung unserer Gesellschaft für 2014 liegt in der Anlage freiwerdender Mittel in Wertpapiere, die von den Zinserträgen in der Lage sind, die Garantien zu verdienen und die Zinszusatzreserve zu finanzieren. Um dies zu erreichen, wird auch bei leicht steigenden Zinsen das Risiko von Investitionen niedriger gerateter Wertpapiere im Investmentranking erforderlich sein. Dadurch wird vermutlich das Gesamtrating des Portfolios zurückgehen. Zudem müssen Neuanlagen auch auf die Auswirkungen in Bezug auf das SCR unter Solvency II untersucht werden. Mit der Neuanlage von Kapitalanlagen werden somit komplexe Herausforderungen angesprochen.

Nachdem der Startzeitpunkt für den Beginn von Solvency II mit Januar 2016 festgelegt ist, werden wir die Planung aktualisieren und die bereits eingeleiteten Maßnahmen vertiefend umsetzen. Wir sind uns bewusst, dass Solvency II ein wichtiges Projekt ist, das in den nächsten zwei Jahren weitere erhebliche Kapazitäten in Anspruch nehmen wird und in die entsprechenden Abteilungen zur Umsetzung zu überführen ist. Die zeit- und kosteneffiziente Umsetzung dieses Projektes wird eine der großen Herausforderungen für 2014 darstellen, zumal auch bereits im Jahr 2014 Meldungen an die BaFin zu erwarten sind.

Chancen für die Hamburger Lebensversicherung AG sehen wir in 2014 in der Möglichkeit, Verwaltungsprozesse kosteneffizient zu optimieren. Zudem sehen wir die Chance, freiwerdende liquide Mittel durch Abläufe von Wertpapieren bei steigenden Zinsen unter Einbeziehung der Auswirkungen einer Kaufentscheidung für das SCR nach Solvency II zielgerichteter im Rahmen der Anlagevorschriften investieren zu können.

Als Chance sehen wir auch die Verschmelzung der Hamburger Lebensversicherung AG und der Delta Lloyd Anlagemanagement GmbH auf die Delta Lloyd Lebensversicherung AG. Das Anlagemanagement verwaltet und managt sowohl die Hypotheken als auch die Grundstücke der deutschen Lebensversicherungsgesellschaften. Eine Verschmelzung bietet insbesondere in Bezug auf

Kostenoptimierung wesentliche Vorteile. Diese Verschmelzung wie auch die Verschmelzung der Hamburger Lebensversicherung AG und möglicherweise auch der Delta Lloyd Pensionskasse AG sind Ziele, die wir uns für 2014 gesetzt haben. Die Verschmelzung der Hamburger Lebensversicherung bietet Vorteile in Bezug auf die Kostenoptimierung aber auch in Bezug auf Kapitalanlagemöglichkeiten. Ob die Delta Lloyd Pensionskasse 2014 verschmolzen wird, hängt auch von der Komplexität der Verschmelzung der beiden anderen Gesellschaften auf die Delta Lloyd Lebensversicherung ab. Diese Verschmelzungen bedürfen einer intensiven und guten Vorbereitung. Verschmelzungen auf Lebensversicherungen sind von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin) zu genehmigen.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Die Delta Lloyd Deutschland AG hielt am Bilanzstichtag die Mehrheit am Grundkapital der Hamburger Lebensversicherung AG. Alleinige Gesellschafterin der Delta Lloyd Deutschland AG ist die Delta Lloyd N. V., Amsterdam.

Den nach § 312 AktG vorgeschriebenen Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen haben wir erstellt. Am Schluss des Berichtes heißt es: „Nach Prüfung unserer Bücher, Akten und sonstigen Unterlagen sowie nach den Umständen, die uns zu dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem Rechtsgeschäfte mit verbundenen Unternehmen vorgenommen wurden, erklären wir, dass die Hamburger Lebensversicherung AG im Berichtsjahr bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Die durch die Delta Lloyd N. V., Amsterdam veranlasste Einstellung des Neugeschäfts stellt einen Nachteil für die Gesellschaft dar. Hierfür besteht gemäß §§ 312 Abs. 2 Satz 2 in Verbindung mit § 311 AktG keine Ausgleichspflicht, da der Vorstand auf Veranlassung des herrschenden Unternehmens von der Verhaltensweise eines gewissenhaften und ordentlichen Kaufmanns im Sinne des § 317 Abs. 2 AktG nicht abgewichen ist.“

Wiesbaden, den 14. Februar 2014

Der Vorstand

Göldi

Roppertz

Versicherungsarten

In der Berichtszeit wurden folgende Versicherungsarten betrieben:

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft

I. Kapitalversicherung

1. Hinterbliebenen-Versorgung
Versicherung auf den Todesfall mit abgekürzter Beitragszahlung
2. Alters- und Hinterbliebenen-Versorgung
Versicherung auf den Todes- und Erlebensfall
3. Partner- und Ehegatten-Versicherung
Versicherung auf den Todes- und Erlebensfall für zwei verbundene Leben
4. Kinder-Versorgung
Versicherung des Versorgers mit festem Auszahlungstermin
5. Aussteuerversicherung mit Beitragsbefreiung bei Tod des Versorgers und Fälligkeit des Kapitals bei Heirat des Kindes
6. Kapitalversicherung mit Mehrfachauszahlung
mit Wiederaufstockung der Todesfallsumme
7. Kapitalversicherung mit Wachstumsplan
Versicherungen gemäß Ziffer 1. - 6. mit automatischer Erhöhung der Versicherungssumme
8. Vermögensbildungsversicherung
Versicherungen gemäß Ziffer 2., 3. und 6. nach dem Vermögensbildungsgesetz

II. Risikoversicherung

III. Rentenversicherung

1. Altersversorgung durch sofort beginnende oder aufgeschobene Leibrente
2. Altersversorgung durch aufgeschobene Leibrente mit sofort beginnender Rentenzahlung im Pflegefall
3. Hinterbliebenenversorgung durch zusätzliche Anwartschaft auf Hinterbliebenenrente

IV. Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsversicherung

V. Kollektivversicherung

1. Kapital- und Rentenversicherungen der vorstehend genannten Versicherungsarten
2. Risiko-Lebensversicherung
3. Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsversicherung

VI. Sonstige Lebensversicherungen

1. Fondsgebundene Lebensversicherung
2. Fondsgebundene Rentenversicherung

VII. Zusatzversicherung

1. Unfall-Zusatzversicherung
2. Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung
3. Erwerbsunfähigkeits-Zusatzversicherung
4. Risiko-Zusatzversicherung



in Verbindung mit einer
Hauptversicherung

A. Bewegung des Bestandes an selbst abgeschlossenen

	Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft			
	(nur Hauptversicherungen)	(Haupt- und Zusatzversicherungen)		(nur Hauptversicherungen)
	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR	Einmalbeitrag in TEUR	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in TEUR
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	22.272	24.847	-	671.252
II. Zugang während des Geschäftsjahres				
1. Neuzugang				
a) eingelöste Versicherungsscheine	-	-	215	-
b) Erhöhungen der Versicherungssummen (ohne Pos.2)	-	257	-	4.833
2. Erhöhungen der Versicherungssummen durch Überschussanteile	-	-	-	341
3. Übriger Zugang	58	24	-	1.025
4. Gesamter Zugang	58	281	215	6.199
III. Abgang während des Geschäftsjahres				
1. Tod, Berufsunfähigkeit etc.	32	22	-	979
2. Ablauf der Versicherung/ Beitragszahlung	408	850	-	10.740
3. Rückkauf u. Umwandlung in beitragsfreie Versicherungen	493	1.214	-	19.422
4. Sonstiger vorzeitiger Abgang	61	41	-	1.218
5. Übriger Abgang	-	-	-	-
6. Gesamter Abgang	994	2.127	-	32.359
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	21.336	23.001	-	645.092

B. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen

	Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in TEUR
	1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres davon beitragsfrei	22.272 7.150
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres davon beitragsfrei	21.336 7.335	645.092 168.706

C. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen

	Zusatzversicherungen insgesamt	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in TEUR
	1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	4.305
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	4.084	196.314

Lebensversicherungen im Geschäftsjahr 2013

Einzelversicherungen										Kollektivversicherungen	
Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungsversicherungen) ohne Risikovers. und sonstige Lebensversicherungen		Risikoversicherungen		Rentenversicherungen (einschl. Berufsunfähigkeits- u. Pflegerentenversicherungen) ohne sonstige Lebensversicherungen		Sonstige Lebensversicherungen					
Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in TEUR
1.986	2.507	164	164	6.379	7.346	517	668	13.226	14.162		
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	33	-	3	-	114	-	20	-	87	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
22	5	1	-	35	19	-	-	-	-	-	-
22	38	1	3	35	133	-	20	-	87	-	-
3	-	-	-	15	11	-	-	14	11	-	-
43	39	6	1	132	364	3	-	224	446	-	-
27	50	6	10	105	317	16	21	339	816	-	-
-	1	5	1	1	5	1	17	54	17	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
73	90	17	12	253	697	20	38	631	1.290	-	-
1.935	2.455	148	155	6.161	6.782	497	650	12.595	12.959	-	-

Lebensversicherungen (ohne Zusatzversicherungen)

Einzelversicherungen										Kollektivversicherungen	
Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungsversicherungen) ohne Risikovers. und sonstige Lebensversicherungen		Risikoversicherungen		Rentenversicherungen (einschl. Berufsunfähigkeits- u. Pflegerentenversicherungen) ohne sonstige Lebensversicherungen		Sonstige Lebensversicherungen					
Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme in TEUR	Anzahl der Versicherungen	12fache Jahresrente in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in TEUR
1.986	71.785	164	12.526	6.379	177.736	517	18.958	13.226	390.247		
628	10.149	7	182	1.951	48.170	97	2.624	4.467	103.930		
1.935	70.450	148	11.314	6.161	171.441	497	18.563	12.595	373.324		
636	10.071	5	86	2.002	48.599	94	2.644	4.598	107.306		

Zusatzversicherungen

Unfall-Zusatzversicherungen		Berufsunfähigkeits- oder Invaliditäts-Zusatzversicherungen		Risiko- und Zeitrenten-Zusatzversicherungen		Sonstige Zusatzversicherungen	
Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme in TEUR	Anzahl der Versicherungen	12fache Jahresrente in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in TEUR	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12fache Jahresrente in TEUR
83	3.550	3.596	181.100	209	6.844	417	16.535
79	3.402	3.409	171.711	185	5.962	411	15.239

Jahresabschluss

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2013

Aktivseite	2013				2012
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			13.818.583		14.224.886
II. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		40.891.529			40.853.066
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		145.089.468			106.881.240
3. Hypotheken, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen		12.479.610			13.069.237
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	77.000.000				86.000.000
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	128.919.621				129.894.703
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	809.293				759.123
d) übrige Ausleihungen	485.817				528.615
		207.214.730			217.182.441
5. Einlagen bei Kreditinstituten		9.800.000			23.800.000
6. Andere Kapitalanlagen		12.696.621			11.489.925
			428.171.959		413.275.910
B. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen				441.990.542	427.500.796
				13.377.949	12.385.169
C. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an: Versicherungsnehmer					
a) fällige Ansprüche	3.034.721				2.364.091
b) noch nicht fällige Ansprüche	142.753				307.954
		3.177.474			2.672.045
II. Sonstige Forderungen davon: an verbundene Unternehmen	0 EUR (Vj.: 0 EUR)		693.302	3.870.775	866.735
					3.538.780
D. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			606.621		1.193.586
II. Andere Vermögensgegenstände			553.029		1.679.889
				1.159.650	2.873.475
E. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			7.026.350		6.328.490
				7.026.350	6.328.490
Summe der Aktiva				467.425.265	452.626.710

Die Zwischen- und Endsummen können Rundungsdifferenzen enthalten.

Bestätigungsvermerk des verantwortlichen Aktuars:

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten C. II und D. I der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341f HGB sowie der aufgrund des § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist; Altbestand im Sinne des § 11c VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG ist nicht vorhanden.

Wiesbaden, den 14. Februar 2014

Verantwortlicher Aktuar:
Marcel Schmitz

Bestätigungsvermerk des Treuhänders:

Ich bestätige hiermit entsprechend § 73 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsgemäß sichergestellt sind.

Wiesbaden, den 14. Februar 2014

Treuhänder:
Manfred Paukert

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2013

Passivseite		EUR	2013 EUR	EUR	2012 EUR
A. Eigenkapital:					
I. Gezeichnetes Kapital			5.112.919		5.112.919
II. Kapitalrücklage			20.000.000		17.900.000
III. Gewinnrücklagen:					
1. Gesetzliche Rücklage		429.316			429.316
2. andere Gewinnrücklagen		64.934			64.934
			494.250		494.250
IV. Bilanzverlust			15.580.880		17.446.968
davon Verlustvortrag	17.446.968 EUR (Vj: 11.158.077 EUR)			10.026.289	6.060.201
B. Nachrangige Verbindlichkeiten				8.300.000	10.400.000
C. Versicherungstechnische Rückstellungen					
I. Beitragsüberträge					
1. Bruttobetrag = Nettobetrag		6.497.086			7.094.091
			6.497.086		7.094.091
II. Deckungsrückstellung					
1. Bruttobetrag = Nettobetrag		405.676.922			393.927.731
			405.676.922		393.927.731
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle					
1. Bruttobetrag		2.746.239			1.312.150
2. davon ab:					
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft		1.338.403			118.830
			1.407.836		1.193.320
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung					
1. Bruttobetrag = Nettobetrag		10.714.200			10.930.667
			10.714.200	424.296.044	413.145.809
D. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird					
I. Deckungsrückstellung					
1. Bruttobetrag = Nettobetrag			8.279.981		7.451.299
II. Übrige versicherungstechnische Rückstellungen					
1. Bruttobetrag = Nettobetrag			5.097.968		4.933.870
				13.377.949	12.385.169
E. Andere Rückstellungen					
I. Steuerrückstellungen			137.477		0
				137.477	0
F. Andere Verbindlichkeiten					
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:					
Versicherungsnehmern			9.159.851		9.305.157
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft					
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen	108.118 EUR (Vj: 108.397 EUR)		326.358		364.543
III. Sonstige Verbindlichkeiten					
davon: aus Steuern	23.078 EUR (Vj: 202.813 EUR)		1.801.297		965.831
davon: im Rahmen der sozialen Sicherheit	0 EUR (Vj: 0 EUR)				
davon: an verbundene Unternehmen	17.961 EUR (Vj: 16.632 EUR)			11.287.506	10.635.531
G. Rechnungsabgrenzungsposten				0	0
Summe der Passiva				467.425.265	452.626.710

Die Zwischen- und Endsummen können Rundungsdifferenzen enthalten.

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

	gesamtes Versicherungsgeschäft			
	EUR	2013 EUR	EUR	2012 EUR
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	23.308.113			25.141.935
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	400.002	22.908.111		392.681
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	597.005			842.488
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	0	597.005		0
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			23.505.116	25.591.742
3. Erträge aus Kapitalanlagen			349.784	304.420
a) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		1.115.389		1.110.974
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		16.409.618		13.824.351
c) Erträge aus Zuschreibungen		38.463		0
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		893.225		1.940.675
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			18.456.695	16.876.000
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			1.415.208	1.265.138
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung			2.137	1.013
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	23.678.929			23.568.829
bb) Anteil der Rückversicherer	44.089			0
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		23.634.840		23.568.829
aa) Bruttobetrag	1.434.089			343.309
bb) Anteil der Rückversicherer	1.219.573			3.633
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen		214.516	23.849.356	23.221.887
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag		12.577.872		16.872.215
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		727.626		563.149
8. Aufwendungen für die erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung für eigene Rechnung			13.305.498	17.435.363
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung			500.000	0
a) Abschlußaufwendungen	485.926			527.459
b) Verwaltungsaufwendungen	600.714			574.899
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen		1.086.639	1.086.639	1.102.359
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		340.272		395.103
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		728.480		477.256
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		0		6.379.578
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			1.068.751	7.251.938
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			6.035	11.884
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			1.252.471	896.418
			2.660.189	-5.881.536

II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

1. Sonstige Erträge	65.948		150.294
2. Sonstige Aufwendungen	706.100		573.936
		640.152	423.642
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		2.020.037	-6.305.178
4. Außerordentliches Ergebnis		0	0
5. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		153.948	16.287
6. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		1.866.088	-6.288.891
7. Verlustvortrag		17.446.968	11.158.077
8. Bilanzverlust		15.580.880	17.446.968

Die Zwischen- und Endsummen können Rundungsdifferenzen enthalten.

Anhang für das Geschäftsjahr 2013

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Angaben im Geschäftsbericht und Anhang erfolgen generell auf volle Euro. Mögliche Rundungsdifferenzen werden billigend in Kauf genommen.

Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV), sowie nach den geltenden Vorschriften des Aktiengesetzes und des Gesetz über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (VAG) aufgestellt.

Die Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken wurden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet; die Abschreibungen auf Gebäude werden linear in Höhe der voraussichtlichen Nutzungsdauer vorgenommen. Der § 253 Abs. 3 HGB wurde berücksichtigt, bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen wird eine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen. Wir gehen von dauerhafter Wertminderung aus, wenn der aktuelle Zeitwert in voraussichtlich mehr als der Hälfte der Restnutzungsdauer unter dem Buchwert liegt.

Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen, Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine sowie übrige Ausleihungen wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip, das heißt, mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren Börsen- oder Marktwert, bewertet, soweit sie dem Umlaufvermögen zugeordnet waren. Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden durch die Änderung des § 341c HGB dem Anlagevermögen zugeordnet.

In Vorjahren vorgenommene Abschreibungen werden im Geschäftsjahr im Umfang der zulässigen Werterhöhung gemäß § 253 Abs. 5 HGB zugeschrieben. Wertpapiere, die dem Unternehmen dauerhaft dienen sollen, werden gemäß § 341 b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet. Abschreibungen werden dann gemäß gemildertem Niederstwertprinzip grundsätzlich bei voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen sowie für die Verteilung von Agien über die Laufzeit vorgenommen. Im Geschäftsjahr wurde von dieser Abschreibungserleichterung Gebrauch gemacht. Zuschreibungen erfolgen nur dann, wenn der Grund für die voraussichtlich dauerhafte Wertminderung nicht mehr vorliegt. Bei der Beurteilung der Dauerhaftigkeit wurde das vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) empfohlene 20 Prozent Kriterium angewandt. Wenn der Zeitwert einer Wertpapiers in den sechs Monaten vor dem Bilanzstichtag permanent unter 20 Prozent lag, dann wurde von dauerhafter Wertminderung ausgegangen.

Abschreibungen auf Inhaberschuldverschreibungen waren nicht erforderlich, aufgrund zinsinduzierter stillen Lasten. Bonitätsprüfungen der Emittenten wie auch die Veränderung von Ratings sind wesentliche Grundlage für die Beurteilung einer dauerhaften Wertminderung bei Kapitalanlagen des Anlagevermögens.

Für die Bilanzierung der Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen sowie für Schuldscheinforderungen und Darlehen wird das Wahlrecht nach § 341c Abs. 3 HGB ausgeübt und die Bewertung erfolgt mit den Anschaffungskosten zuzüglich bzw. abzüglich der kumulierten Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der linearen Methode für Hypothekendarlehen sowie unter Anwendung der Effektivzinsmethode für die Schuldscheinforderungen und Darlehen.

Für die Anleihen der Staaten Italien, Irland und Spanien, die im Anlagevermögen ausgewiesen sind, ergab sich 2013 kein Abschreibungsbedarf, da die Marktwerte über den Buchwerten lagen.

Namenschuldverschreibungen wurden mit dem Nennwert abzüglich geleisteter Tilgungen bilanziert. Disagioträge werden durch aktive oder passive Rechnungsabgrenzung auf die Laufzeit verteilt und gemäß der Effektivzinsmethode aufgelöst.

Die Bewertung der Einlagen bei Kreditinstituten erfolgte zum Nennwert.

Die Position andere Kapitalanlagen wurden mit den Anschaffungskosten angesetzt, bzw. zum niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag.

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice wurden zu Rücknahmepreisen der Investmentanteile am Bewertungsstichtag bewertet. Die zugehörigen Passivposten werden in gleicher Höhe ausgewiesen.

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft und die sonstigen Forderungen sind grundsätzlich zum Nominalbetrag angesetzt. Erforderliche Wertberichtigungen wurden vorgenommen. Forderungen aus Körperschaftsteuer Anrechnungsguthaben gemäß § 37 KStG wurden zum Barwert bilanziert. Alle anderen Forderungen wurden mit dem Nominalbetrag angesetzt.

Die Bewertung der Sonstigen Vermögensgegenstände und der Rechnungsabgrenzungsposten erfolgte zum Nennwert.

Aufgrund des Wahlrechts gemäß § 274 Abs. 1 HGB, wurde auf den Ansatz aktiver latenter Steuern verzichtet.

Die Beitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft wurden für jede Versicherung entsprechend dem Beginnmonat und der Zahlungsweise individuell berechnet; dabei wurden die steuerlichen Bestimmungen über den Abzug von nicht übertragbaren Beitragsteilen berücksichtigt.

Die Deckungsrückstellung für die selbst abgeschlossenen Versicherungen wurde für jede Versicherung entsprechend ihrem Beginnmonat individuell und prospektiv nach dem jeweiligen Tätigkeitsplan berechnet. Dabei wurden die Kosten der laufenden Verwaltung implizit berücksichtigt. Bei beitragsfreien Versicherungen wurde eine Verwaltungskostenrückstellung entsprechend dem jeweiligen Tätigkeitsplan gebildet.

Die rechnungsmäßigen Abschlussaufwendungen wurden jeweils nur insoweit verrechnet, als sich dadurch keine negativen Werte ergaben beziehungsweise die geschäfts- oder tätigkeitsplanmäßigen Werte der Deckungsrückstellung nicht unterschritten wurden. Die Teile der rechnungsmäßigen Abschlussaufwendungen, für die eine Verrechnung nicht möglich war, wurden als noch nicht fällige Ansprüche an Versicherungsnehmer aktiviert.

Die folgende Tabelle enthält die bei der Berechnung der Deckungsrückstellung verwendeten Ausscheideordnungen sowie die Zins- und Zillmersätze für insgesamt 98,3 Prozent der gesamten Deckungsrückstellung zum 31.12.2013.

Versicherungsart	Anteil in %	Sterbe- tafel	Rechnungs- zins in %	Zillmersatz
Kapitalversicherungen	2,9	1986	4,00	20 ‰
Kapitalversicherungen	3,7	DAV 1994 T	4,00	20 ‰
Kapitalversicherungen	1,4	DAV 1994 T	4,00	0 ‰
Kapitalversicherungen	0,6	DAV 1994 T	3,25	40 ‰
Kapitalversicherungen	2,1	DAV 1994 T	3,25	20 ‰
Kapitalversicherungen	1,7	DAV 1994 T	3,25	0 ‰
Kapitalversicherungen	1,6	DAV 1994 T	2,75	40 ‰
Kapitalversicherungen	1,4	DAV 1994 T	2,75	20 ‰
Kapitalversicherungen	9,4	DAV 1994 T	2,75	0 ‰
Kapitalversicherungen	0,2	DAV 1994 T	2,25	20 ‰
Kapitalversicherungen	0,1	DAV 1994 T	2,25	0 ‰
Rentenversicherungen	6,0	DAV 2004 R-Bestand/B20	4,00	20 ‰
Rentenversicherungen	9,6	DAV 2004 R-Bestand/B20	4,00	0 ‰
Rentenversicherungen	4,2	DAV 2004 R-Bestand/B20	3,25	40 ‰
Rentenversicherungen	15,4	DAV 2004 R-Bestand/B20	3,25	20 ‰
Rentenversicherungen	12,8	DAV 2004 R-Bestand/B20	3,25	0 ‰
Rentenversicherungen	3,4	DAV 2004 R-Bestand/B20	2,75	40 ‰
Rentenversicherungen	7,5	DAV 2004 R-Bestand/B20	2,75	20 ‰
Rentenversicherungen	4,4	DAV 2004 R-Bestand/B20	2,75	0 ‰
Rentenversicherungen	0,8	DAV 2004 R	2,75	40 ‰
Rentenversicherungen	1,7	DAV 2004 R	2,75	20 ‰
Rentenversicherungen	1,7	DAV 2004 R	2,75	0 ‰
Rentenversicherungen	2,1	DAV 2004 R	2,25	40 ‰
Rentenversicherungen	2,5	DAV 2004 R	2,25	20 ‰
Rentenversicherungen	1,1	DAV 2004 R	2,25	0 ‰

Für Rentenversicherungen, die bis zum 31.12.2004 abgeschlossen wurden, haben wir eine weitere Auffüllung der Deckungsrückstellung vorgenommen. Die Ermittlung des Auffüllbetrages erfolgte auf Basis der DAV-Richtlinie „Überschussbeteiligung und Reservierung von Rentenversicherungen des Bestandes“. Die zum Jahresende in die Bilanz eingestellte Deckungsrückstellung entspricht dem um neun Zwanzigstel linear interpolierten Wert zwischen der Deckungsrückstellung auf Basis der Tafel DAV 2004 R-Bestand und der auf der Basis der Tafel DAV 2004 R-B20. Die Deckungsrückstellung der Versicherungen mit Berufsunfähigkeitsrisiko wurde entsprechend der diesbezüglichen DAV-Ausarbeitung vom 08.12.1998 an die 97-er BU Rechnungsgrundlagen der DAV angepasst.

Bei der Bestimmung der zu erwartenden Erträge der Vermögenswerte auf Basis des neu gefassten §5 Abs. 3 und 4 DeckRV ergab sich ein Referenzzins von 3,41 Prozent. Gemäß § 341 f Abs. 2 HGB haben wir daher für Verträge, die mit einem Rechnungszins von 3,5 bzw. 4 Prozent passiviert wurden, eine Zinszusatzreserve in Höhe von 5.420 TEUR (Vorjahr: 3.830 TEUR) innerhalb der Deckungsrückstellung gebildet. Für Rentenversicherungen, für die bereits im Rahmen der Renten Neubewertung zusätzliche Reserven unter Ansatz von vorsichtigen Storno- und Kapitaloptionswahrscheinlichkeiten gestellt wurden, wurde das Verfahren zur Renten Neubewertung um die Ermittlung der Zinszusatzreserve erweitert.

Die Deckungsrückstellung für Lebensversicherungen, bei denen das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird, wird individuell und retrospektiv ermittelt, indem die eingegangenen Beiträge nach Abzug von Risiko- und Kostenanteilen gutgeschrieben werden. Sie wird in Anteileneinheiten geführt und am Jahresschluss zum Zeitwert passiviert.

Die Berechnung der Deckungsrückstellung für die Überschussbeteiligung wurde jeweils analog zum Verfahren bei der zugehörigen Hauptversicherung durchgeführt.

Die Mittel für die Schlussgewinnanteile der Folgejahre sind so bemessen, dass sich für jede Versicherung der Teil des zu ihrem regulären Fälligkeitszeitpunkt vorgesehenen Schlussgewinnanteils ergibt, der dem Verhältnis der abgelaufenen Versicherungsdauer zur gesamten Versicherungsdauer entspricht, unter Berücksichtigung von Storno und Tod abgezinst mit einem Zinssatz in Höhe von 6,0 Prozent. Die versicherungsmathematische Berechnung des Schlussüberschussanteilfonds erfolgte einzelvertraglich und prospektiv.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wird durch Einzelfeststellung ermittelt und enthält auch die pauschal ermittelten Beiträge für die Schadenregulierung in der steuerlich zulässigen Höhe. Für die nach Abschluss der Einzelerfassung noch zu erwartenden Spätschäden wird eine Pauschalreserve gebildet. Die Anteile für die in Rückdeckung gegebenen Versicherungen wurden in Einzelberechnungen vertragsgemäß ermittelt. Die Rückstellung für Regulierungsaufwendungen wurde gemäß dem koordinierten Ländererlass des Finanzministeriums Nordrhein-Westfalen vom 22. Februar 1973 ermittelt.

Aus der zum 31.12.2013 gebildeten Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurde im Geschäftsjahr 2013 ein Nettoabwicklungsergebnis in Höhe von -91 TEUR (Vorjahr: -87 TEUR) erzielt.

Die Bewertung der sonstigen Rückstellungen richtet sich nach der Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag bewertet. Durch die Einbeziehung der Gesellschaft in den Konzernabschluss der Delta Lloyd N.V., Amsterdam, verlegten wir einzelne Buchungsschlussstermine zeitlich nach vorne und grenzten die Zahlungsvorgänge über die sonstigen Forderungen und Verbindlichkeiten sowie über sonstige Vermögensgegenstände ab. Es ergeben sich dadurch keine nennenswerten Einflüsse auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Erläuterung zur Jahresbilanz

Aktiva

Entwicklung der Aktivposten A I bis II im Geschäftsjahr 2013

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr	Anteil in	Zugänge	Umb- chungen	Abgänge	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	Bilanzwerte Geschäfts- jahr	Anteil in
	TEUR	%	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
A.I Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	14.225	3,33	-	-	-	-	406	13.819	3,13
A.II. Sonstige Kapitalanlagen									
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	40.853	9,56	-	-	-	38	-	40.892	9,25
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	106.881	25,00	45.388	-	7.032	-	148	145.089	32,83
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	13.069	3,06	-	-	590	-	-	12.480	2,82
4. Sonstige Ausleihungen									
a) Namensschuldverschreibungen	86.000	20,12	-	-	9.000	-	-	77.000	17,42
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	129.895	30,38	10.025	-	11.000	-	-	128.920	29,17
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	759	0,18	100	-	50	-	-	809	0,18
d) übrige Ausleihungen	529	0,12	-	-	43	-	-	486	0,11
5. Einlagen bei Kreditinstituten	23.800	5,57	-	-	14.000	-	-	9.800	2,22
6. Andere Kapitalanlagen	11.490	2,69	1.634	-	253	-	174	12.697	2,87
Summe A.II.	413.276	96,67	57.147	-	41.968	38	322	428.172	96,87
Insgesamt	427.501	100,00	57.147	-	41.968	38	728	441.991	100,00

Die Zwischen- und Endsummen können Rundungsdifferenzen enthalten.

Zu A. II. 1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Art des Fonds/Anlageziel	Buchwert		Marktwert		Stille Reserve/Last	Ausschüttung
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR		
Black Rock Asset Management ¹⁾	892	1.128	236	44		
Delta Lloyd Real Estate / Immofonds ¹⁾	40.000	40.002	2	1.502		

¹⁾ Eine jederzeitige Rücknahme der Fondsanteile ist möglich.

Die Bewertung erfolgt zum gemilderten Niederstwertprinzip gemäß §341b Abs. 2 Satz in Verbindung mit §253 Abs. 3 HGB. Abschreibungen waren nicht erforderlich, da der Marktwert über dem Buchwert lag. Die aufgeführten Ausschüttungen beinhalten anrechenbare Ertragssteuern und werden ertragswirksam vereinnahmt.

Zu A. II. 2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Wertpapierart	Buchwert		Zeitwert		Stille Last	Land
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR		
Inhaberschuldverschreibungen	12.130	15.364	0,00	Spanien		
Inhaberschuldverschreibungen	18.012	18.835	180,92	Frankreich		
Inhaberschuldverschreibungen	19.628	22.217	0,00	Großbritannien		
Inhaberschuldverschreibungen	15.208	15.548	0,00	Irland		
Inhaberschuldverschreibungen	16.857	17.522	0,00	Italien		
Inhaberschuldverschreibungen	4.055	4.058	0,00	Luxemburg		
Inhaberschuldverschreibungen	21.098	21.586	442,11	Niederlande		
Inhaberschuldverschreibungen	3.900	4.247	0,00	Schweden		
Inhaberschuldverschreibungen	15.077	16.463	0,00	Sklowakei		
Inhaberschuldverschreibungen	19.124	20.558	211,33	Sonstige		
Inhaberschuldverschreibungen	145.089	156.397	834,36			

Abschreibungen auf Inhaberschuldverschreibungen waren nicht erforderlich, da die stillen Lasten von 834 TEURO zinsinduziert waren.

Zu A. II 6. Andere Kapitalanlagen

Es handelt sich vorwiegend um Minderheitenanteile an Immobilien KG's bzw. Beteiligungsgesellschaften.

Zeitwertangabe gemäß § 54 RechVersV

Aktivposten	2013				2012			
	Buchwert TEUR	Zeitwert TEUR	Stille Reserve TEUR	Stille Last TEUR	Buchwert TEUR	Zeitwert TEUR	Stille Reserve TEUR	Stille Last TEUR
A.I Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	13.819	14.800,0	981	-	14.225	14.800	575	-
A.II. Sonstige Kapitalanlagen								
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	40.892	41.129	238	-	40.853	40.920	93	26
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	145.089	156.397	12.142	834	106.881	117.577	10.696	-
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	12.480	13.681	1.201	-	13.069	14.779	1.710	-
4. Sonstige Ausleihungen								
a) Namensschuldverschreibungen	77.000	83.017	6.017	-	86.000	91.381	6.550	1.169
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	128.920	134.512	7.274	1.682	129.895	137.357	8.311	849
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	809	809	-	-	759	759	-	-
d) übrige Ausleihungen	486	486	-	-	529	529	-	-
5. Einlagen bei Kreditinstituten	9.800	9.800	-	-	23.800	23.800	-	-
6. Andere Kapitalanlagen	12.697	12.697	-	-	11.490	11.490	-	-
Summe A.II.	428.172	452.528	26.872	2.517	413.276	438.591	27.359	2.044
Insgesamt	441.991	467.328	27.854	2.517	427.501	453.391	27.934	2.044

Die Zwischen- und Endsummen können Rundungsdifferenzen enthalten.

Die Offenlegung von Zeitwerten der zu Anschaffungskosten bilanzierten Kapitalanlagen erfolgt gemäß den Vorschriften § 54 ff RechVersV.

Die Verkehrswertermittlung der Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken wurden nach § 194 Baugesetzbuch (BauGB) und nach den Grundsätzen der Immobilienwertermittlungsverordnung (ImmoWertV 01. Juli 2010) ermittelt. Die Liegenschaft wurde zuletzt durch externe Sachverständige zum 31.10.2013 bewertet.

Für die Zeitwertermittlung von Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere war der Börsenkurs bzw. der Rücknahmepreis zum 30.12.2013 maßgebend.

Die Zeitwertermittlung der Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen erfolgte über den Renditefaktor.

Bei Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine, übrige Ausleihungen und Andere Kapitalanlagen sowie Einlagen bei Kreditinstituten wurde als Zeitwert der Buchwert herangezogen.

Die Gesamtsumme der Buchwerte der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen betrug 441.991 TEUR, der Zeitwert dieser Kapitalanlagen betrug 467.328 TEUR, so dass sich ein Saldo von 25.337 TEUR ergibt.

Die Ermittlung, Festlegung und Zuteilung der Bewertungsreserven zu der Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer ist im Kapitel Überschussbeteiligung für das Jahr 2014, Beteiligung an den Bewertungsreserven erläutert.

Der Zeitwert der zu Anschaffungskosten bewerteten Kapitalanlagen gemäß § 55 und § 56 RechVersV betrug 374,5 Mio. Euro (Vorjahr: 338,2 Mio Euro). Der Zeitwert der zum Nennwert bewerteten Kapitalanlagen gemäß § 55 und § 56 RechVersV betrug 92,8 Mio. Euro (Vorjahr: 115,2 Mio. Euro).

In den Buchwerten der Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Schuldscheindarlehen sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind folgende Werte enthalten, die dem Anlagevermögen zugeordnet sind:

Bilanzposition	31.12.2013	31.12.2012
	TEUR	TEUR
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	40.892	40.853
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	145.089	106.881
Schuldscheindarlehen	128.920	129.895

Dadurch wurden im Geschäftsjahr Abschreibungen von insgesamt 834 TEUR (Vorjahr: 26 TEUR) vermieden.

B. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice

Zusammensetzung des Anlagestocks am Bilanzstichtag:

Fondsbezeichnung	Anzahl der Anteileinheiten	2013 EUR
Allianz Euro Rentenfonds Inhaber-Anteile A (EUR)	112,000	6.489,28
Allianz Internat. Rentenfonds Inhaber-Anteile A (EUR)	1.645,000	64.237,25
ALPHA TOP SELECT dynamic Inhaber-Anteile	14,000	591,64
BGF - US Flexible Equity Fd Act. Nom. Classe A 2 o.N.	10.742,000	178.774,13
Carmignac Investissement FCP Act. au Port. A EUR acc o.N	155,000	155.576,60
Concentra Inhaber-Anteile A (EUR)	3.276,000	296.510,76
Delta Lloyd(L)-Water & Clim.FD Actions au Porteur B o.N.	1.243,000	9.247,92
DWS Akkumula Inhaber-Anteile	7.158,000	4.808.458,08
DWS Akkumula Inhaber-Anteile	1.440,000	967.334,40
DWS Europa Strategie (Renten) Inhaber-Anteile	1.872,000	72.596,16
DWS Europa Strategie (Renten) Inhaber-Anteile	5.071,000	196.653,38
DWS FlexPension 2015 Inhaber-Anteile o.N.	3.518,685	460.314,35
DWS FlexPension 2016 Inhaber-Anteile o.N.	427,398	57.583,37
DWS FlexPension 2018 Inhaber-Anteile o.N.	1.457,912	202.620,65
DWS FlexPension 2019 Inhaber-Anteile o.N.	871,243	124.936,27
DWS FlexPension 2020 Inhaber-Anteile o.N.	1.381,715	198.994,57
DWS FlexPension 2021 Inhaber-Anteile o.N.	746,302	104.653,91
DWS FlexPension 2022 Inhaber-Anteile o.N.	357,942	49.549,89
DWS FlexPension 2023 Inhaber-Anteile o.N.	5.617,255	794.841,57
DWS FlexPension 2023 Inhaber-Anteile o.N.	43,698	6.183,21
DWS FlexPension II 2024 Namens-Anteile o.N.	579,498	77.670,12
DWS FlexPension II 2025 Namens-Anteile o.N.	88,996	11.813,38
DWS FlexPension II 2026 Namens-Anteile o.N.	550,554	72.959,45
DWS FlexPension II 2027 Namens-Anteile o.N.	442,259	59.037,15
DWS FlexPension-FlexPe. II 2028 Namens-Anteile o.N.	3.441,095	463.412,21
DWS Top 50 Welt Inhaber-Anteile	7.627,000	511.847,97
Elbe StrategiePTF Defensiv UI Inhaber-Anteile A	5.328,849	551.535,87
ETF-DACHFONDS RENTEN Inhaber-Anteile P	0,000	0,00
ETF-DACHFONDS RENTEN Inhaber-Anteile P	0,000	0,00
F.Tem.Inv.Fds-T.Global (Euro) Namens-Anteile A (Ydis.) o	642,000	10.220,64
F.Temp.Inv.Fds-T.Growth (EUR) Namens-Anteile A (acc.)	6.827,000	93.325,09
F.Temp.Inv.Fds-T.Growth (EUR) Namens-Anteile A (acc.)	81.465,000	1.113.626,55
Fidelity Fds-Em.EU, Mid. East. A. Reg. Shares A-Acc. EUR o	1.317,000	19.544,28
Fidelity Fds-Europ. Growth Fd. Reg. Shares A (Glob. Cert.)	1.610,000	19.159,00
Fidelity Fds-Fid.Targ.2030(EO) Reg. Shs A Acc. EUR(Gl. Cer	9,000	102,42
Fidelity Fds-Germany Fund Reg. Shares A (Glob. Cert.) o.N.	302,000	11.971,28
Fidelity Fds-Japan Fund Reg. Shares A (Glob. Cert.) o.N.	60,000	66,49
FondsSel.SMR-Sauren Gl.Gr.Plus Inhaber-Anteile A o.N.	762,000	8.938,26
Fr.Temp.Inv.Fds -T.Gl.Bd Fd Namens-Anteile A (Mdis.) o.I	426,000	6.494,54
Fr.Temp.Inv.Fds-T.Em.Mkt.Fd Namens-Anteile A (Ydis.) o	4.637,000	117.318,05
Gamax Funds FCP-Maxi-Bond Namens-Anteile A o.N.	328,000	2.050,00
hausInvest Inhaber-Anteile	1.543,000	63.062,41
JPMorg.I.-US Bond Fund Namens-Ant. A (acc.) DL o.N.	113,000	16.743,04
JPMorgan-Emerging Markets Equ. Actions Nom. A (dis.) DI	1.627,000	35.192,38
JPMorgan-Europe Small Cap Fund Actions Nom. A (dis.) E	4.233,000	214.147,47
Nomura Asia Pacific Fonds Inhaber-Anteile	3.134,000	309.670,54
S.Fds-Sel.-Sauren Gl Stab.Gwth Inhaber-Anteile A o.N	492,000	10.076,16
Schroder ISF Euro Liquidity Namensanteile A Acc o.N.	897,000	109.541,64
Schroder ISF Europ.Eq.Alpha Namensanteile A Acc o.N.	256,000	13.143,04
Schroder ISF Glob. Infl.Lkd Bd Namensant. A Acc EUR Hdg	207,000	5.684,22
Swiss Rock Dachfonds-Wachstum Actions Nominatives A	49,000	545,86
Sydbank Vermögensverw. Dynam. Inhaber-Anteile	880,000	38.060,00
Sydbank Vermögensverw. Dynam. Inhaber-Anteile	6.724,000	290.813,00
Sydbank Vermögensverw. Klass. Inhaber-Anteile	1.849,000	84.961,55
Sydbank Vermögensverw. Klass. Inhaber-Anteile	5.200,000	238.940,00
Threadn. Invt Fds-Amer.Sel.Fund Thesaurierungsant. Kl.1 c	336,000	674,29
Top Ten Classic FCP Inhaber-Anteile R o.N.	106,000	7.239,80
Veri ETF-Allocation Defensive Inhaber-Anteile R	39,583	490,83
Veri ETF-Allocation Defensive Inhaber-Anteile R	1.634,308	20.265,42
Veri ETF-DACHFONDS Inhaber-Anteile P	6,000	76,38
Veri ETF-DACHFONDS Inhaber-Anteile P	894,000	11.380,62
Zeitwert/Bilanzwert per 31. Dezember 2013		<u>13.377.948,79</u>

Zu D. II. Andere Vermögensgegenstände

Hier werden voraus gezahlte Versicherungsleistungen an unsere Versicherungsnehmer erfasst, die bereits 2013 ausgezahlt wurden, die aber das Jahr 2014 betreffen.

Passiva

Zu A. Eigenkapital

	01.01.2013	Veränderung	31.12.2013
	EUR	EUR	EUR
I. Gezeichnetes Kapital	5.112.919	0	5.112.919
II. Kapitalrücklage	17.900.000	2.100.000	20.000.000
II. Gewinnrücklagen			
1. Gesetzliche Rücklage	429.316	0	429.316
2. andere Gewinnrücklagen	64.934	0	64.934
IV. Bilanzverlust	<u>-17.446.968</u>	1.866.088	<u>-15.580.880</u>
	<u>6.060.201</u>		<u>10.026.289</u>

Das gezeichnete Kapital beträgt 5.112.918,81 Euro.

Es ist eingeteilt in 1.000 auf den Namen lautende voll eingezahlte Stammaktien.

Die Delta Lloyd Deutschland Aktiengesellschaft, Wiesbaden ist mit 100 Prozent am Grundkapital der Gesellschaft beteiligt.

Es erfolgte im Berichtsjahr eine Umwandlung eines Teils des Nachrangdarlehens von 2.100 TEURO zur Optimierung der Solvabilität.

Zu B. Nachrangige Verbindlichkeiten

	EUR
Stand 01.01.2013	10.400.000
Zugang	0
Abgang	<u>2.100.000</u>
Stand 31.12.2013	<u>8.300.000</u>

Im Geschäftsjahr erfolgte eine Umwandlung einer nachrangigen Verbindlichkeit in Höhe von 2.100 TEURO in eine Kapitalrücklage.

Zu C.IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

	2013	2012
	EUR	EUR
Stand 01.01.2013	10.930.667	11.850.737
Entnahme für Gewinnanteile	716.467	920.070
	<u>10.214.200</u>	<u>10.930.667</u>
Zuführung aus dem Überschuss des laufenden Geschäftsjahres	500.000	0
Stand am Bilanzstichtag	<u>10.714.200</u>	<u>10.930.667</u>
Von der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entfallen auf		
- bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Gewinnanteile	581.178	617.811
- bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlussgewinnanteile	98.341	158.253
- den Teil des Schlussüberschussanteilsfonds, der zur Finanzierung von Schlussüberschussanteilen zurückgestellt wird	3.697.513	3.784.577
- den ungebundenen Teil	6.337.167	6.370.026

Die Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer und die Gewinnanteilssätze sind in den weiteren Angaben zum Anhang erläutert.

Zu E. II. Steuerrückstellungen

Es handelt sich um Rückstellungen für:	2013 EUR
Körperschaftsteuer laufendes Jahr	68.732
Gewerbsteuer laufendes Jahr	<u>68.746</u>
	<u><u>137.477</u></u>

Zu E. II. Sonstige Rückstellungen

Im Geschäftsjahr wurden keine Sonstigen Rückstellungen gebildet.

Eine Rückstellung für Archivierung wurde nicht gebildet. Entsprechende Aufwendungen der Delta Lloyd Lebensversicherung AG hierzu wurden im Rahmen der Kostenverteilung der Hamburger Lebensversicherung AG belastet. Eine Rückstellung für externe Jahresabschlusskosten wurde nicht gebildet. Entsprechende Aufwendungen der Delta Deutschland AG hierzu wurden im Rahmen der Kostenverteilung der Hamburger Lebensversicherung AG belastet.

Zu F. Andere Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft enthalten im Wesentlichen 481.721 Euro Depoteinlagen und insgesamt 8.678.130 Euro für verzinslich angesammelte Gewinnanteile.

Unter den sonstigen Verbindlichkeiten sind ausgewiesen:	2013 EUR	2012 EUR
Anzahlungen auf noch nicht polizierte Versicherungen	1.728.957	712.157
<i>davon größer 5 Jahre</i>	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt	23.078	202.813
<i>davon größer 5 Jahre</i>	0	0
Sonstiges	17.961	16.632
<i>davon größer 5 Jahre</i>	0	0
Verbindlichkeiten aus Grundbesitz, Lieferungen und Leistungen	31.301	34.230
<i>davon größer 5 Jahre</i>	0	0
	<u>1.801.297</u>	<u>965.831</u>

Latente Steuern

Zum 31. Dezember 2013 errechnet sich eine künftige Steuerbelastung aus niedrigeren Wertansätzen in der Steuerbilanz bei Beteiligungen aus Personengesellschaften. Dieser Belastung stehen Steuerentlastungen aus Bewertungsunterschieden von Fonds und Rückstellungen gegenüber. Insgesamt ergibt sich am Bilanzstichtag ein Aktivüberhang. Bei der Berechnung legen wir einen Steuersatz von 30 Prozent zugrunde. Aufgrund des ausgeübten Wahlrechts nach § 274 Abs.1 S.2 HGB, auf den Ansatz aktiver latenter Steuern zu verzichten, ist daher kein Bilanzposten aufzunehmen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Gesellschaft ist gemäß §§ 124 ff. VAG Mitglied des Sicherungsfonds für die Lebensversicherer. Der Sicherungsfonds erhebt auf Grundlage der Sicherungsfonds- Finanzierungs – Verordnung (Leben) jährliche Beiträge von maximal 0,2 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellung, bis ein Sicherungsvermögen von 1 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen aufgebaut ist. Die zukünftigen Verpflichtungen hieraus betragen für die Gesellschaft 40,3 TEURO.

Der Sicherungsfonds kann darüber hinaus Sonderbeiträge in Höhe von weiteren 1 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen erheben; dies entspricht einer Verpflichtung von 0,44 Mio. Euro.

Zusätzlich hat sich die Gesellschaft verpflichtet, dem Sicherungsfonds oder alternativ der Protektor Lebensversicherung AG finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, sofern die Mittel des Sicherungsfonds bei einem Sanierungsfall nicht ausreichen. Die Verpflichtung beträgt 1 Prozent der Summe der

versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen unter Anrechnung der zu diesem Zeitpunkt bereits an den Sicherungsfonds geleisteten Beiträge. Unter Einschluss der oben genannten Einzahlungsverpflichtungen aus den Beitragszahlungen an den Sicherungsfonds beträgt die Gesamtverpflichtung zum Bilanzstichtag 3,9 Mio. Euro.

Es besteht für die Gesellschaft die Verpflichtung zur Zeichnung von Immobilienfondsanteilen in Höhe von 0,7 Mio. Euro.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zu I.1.a) Gebuchte Bruttobeiträge

Selbst abgeschlossene Versicherungen	2013 EUR	2012 EUR
1. Einzelversicherungen		
Laufende Beiträge	10.087.738	10.690.280
Einmalbeiträge	<u>211.493</u>	<u>88.215</u>
	<u>10.299.231</u>	<u>10.778.495</u>
2. Kollektivversicherungen		
Laufende Beiträge	13.005.289	14.357.598
Einmalbeiträge	<u>3.593</u>	<u>5.841</u>
	<u>13.008.882</u>	<u>14.363.440</u>
3. Insgesamt		
Laufende Beiträge	23.093.027	25.047.878
Einmalbeiträge	<u>215.086</u>	<u>94.056</u>
	<u>23.308.113</u>	<u>25.141.935</u>
übernommene Rückversicherungen	<u>0</u>	<u>0</u>
	<u>23.308.113</u>	<u>25.141.935</u>

In den gebuchten Beiträgen des selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts sind 668.159,11 Euro (VJ.: 666.669,36 Euro) Beiträge im Rahmen von Verträgen enthalten, bei denen das Kapitalanlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird.

Zu I.3.b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen

	2013 TEUR	2012 TEUR
Die Erträge aus anderen Kapitalanlagen beliefen sich auf:	16.410	13.824
davon: Erträge für Fondsgebundene Lebensversicherungen	34	35

Zu I.10.a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen

	2013 TEUR	2012 TEUR
Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	340	395
Davon: Aufwendungen für Fondsgebundene Lebensversicherungen	43	43

Rückversicherungssaldo

Der Saldo aus dem Rückversicherungsgeschäft gemäß § 51 Abs. 4 Nr. 2 Buchst. B RechVersV beläuft sich auf:

	2013 TEUR	2012 TEUR
Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	400	393
Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen	9	9
Zahlungen für Versicherungsfälle / Anteil der Rückversicherer	-44	0
Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle / Anteil der Rückversicherer	<u>-1.220</u>	<u>-4</u>
	<u>-855</u>	<u>398</u>

Zu II. 2. Sonstige Aufwendungen

Der Anstieg der Sonstigen Aufwendungen ist im Wesentlichen zurückzuführen auf erhöhte Zinszahlungen für das Nachrangdarlehen der Muttergesellschaft Delta Lloyd Deutschland AG.

Sonstige Angaben

Die Hamburger Lebensversicherung AG gehört zur Delta Lloyd Deutschland AG, Wiesbaden in deren Konzernabschluss und -lagebericht sie einbezogen wird. Der Konzernabschluss der Delta Lloyd Deutschland AG wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht. Alle Anteile an der Delta Lloyd Deutschland AG gehören der Delta Lloyd N.V., Amsterdam, in deren Konzernabschluss die Hamburger Lebensversicherung AG ebenfalls konsolidiert wird.

Die Gesellschaft hat keine eigenen Mitarbeiter. Die Verwaltung wird über Mitarbeiter der Delta Lloyd Lebensversicherung AG abgewickelt.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind auf Seite 1 dieses Berichtes aufgeführt.

Die Mitglieder des Vorstands, die zugleich Vorstand der Delta Lloyd Deutschland AG sind, erhielten für ihre Tätigkeit keine gesonderte Vergütung. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten für ihre Tätigkeit eine Vergütung in Höhe von 1.190 Euro. An frühere Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats wurden keine Bezüge gezahlt und es bestehen für diese auch keine Pensionsverpflichtungen.

Kredite an Vorstandsmitglieder und Mitglieder des Aufsichtsrats bestanden zum 31.12.2013 nicht.

Gemäß § 285 Nr. 17 HGB wird die Aufschlüsselung des Gesamthonorars der Abschlussprüfer im Konzernanhang angegeben.

Wiesbaden, den 14. Februar 2014

Der Vorstand

Göldi

Roppertz

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Hamburger Lebensversicherung AG, Wiesbaden, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 24. Februar 2014

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Christofer Hattemer
Wirtschaftsprüfer

ppa. Sandro Trischmann
Wirtschaftsprüfer

Ergebnisverwendungsvorschlag

Der Bilanzverlust beträgt 15.580.880 Euro. Wir schlagen vor, diesen auf neue Rechnung vorzutragen.

Wiesbaden, den 14. Februar 2014

Der Vorstand

Göldi

Roppertz

Bericht des Aufsichtsrats

Wir haben den Jahresabschluss zum 31.12.2013, den dazugehörenden Lagebericht und den Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Bilanzergebnisses geprüft. Mit dem Vorschlag für die Verwendung des Bilanzergebnisses sind wir einverstanden. Dem Lagebericht haben wir nichts hinzuzufügen.

Während des Geschäftsjahres haben wir uns - auch außerhalb der turnusmäßigen Sitzungen - durch Berichte des Vorstands laufend über die Geschäftsentwicklung und die Lage der Gesellschaft unterrichten lassen. Soweit nach der Geschäftsordnung für den Vorstand für einzelne Maßnahmen der Geschäftsführung die Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich war, wurde diese jeweils einstimmig erteilt.

Die Prüfung durch die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat zu keinen Einwendungen geführt. Nach Überzeugung des Prüfers vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Auch gibt nach Auffassung des Prüfers der Lagebericht insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar. Mit diesem Prüfungsergebnis stimmen wir überein.

Nach dem Ergebnis unserer eigenen Prüfung haben wir keine Einwendungen zu erheben. Wir billigen den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss. Der Abschluss ist hiermit gemäß § 172 AktG festgestellt.

Der Vorstand hat uns den Bericht nach § 312 AktG über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie den entsprechenden Prüfungsbericht hierzu vorgelegt. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat den folgenden Bestätigungsvermerk erteilt: "Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichtes richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war,
3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen."

Diesem Ergebnis schließen wir uns an.

Wiesbaden, den 26. Februar 2014

Für den Aufsichtsrat

Paul Kerst Medendorp

Überschussbeteiligung für das Jahr 2014

Den gewinnberechtigten Versicherungsverträgen werden 2014 folgende Gewinnanteile zugewiesen (im Vorjahr abweichende Sätze sind in Klammern [] genannt):

1. Gewinnpläne A (Kapitalversicherungen)

Bargewinnanteil

Der Bargewinnanteil besteht aus einem Zinsgewinnanteil in Prozent des Deckungskapitals, bei beitragspflichtigen sowie durch Ablauf der Beitragszahlungsdauer beitragsfreien Versicherungen zusätzlich aus einem Risikogewinnanteil in Prozent des Risikobeitrags und bei beitragspflichtigen Versicherungen außerdem aus einem Zusatzgewinnanteil (Grundgewinnanteil) in Promille der Versicherungssumme; er wird ggf. vermindert um einen Anteil für die Deckung der Beitragsfreiheit im Pflegefall (siehe unten). Der Bargewinnanteil wird als Einmalbeitrag zur Erhöhung der Versicherungsleistung verwendet (Bonus), sofern keine andere Verwendung vereinbart ist. Der Bonus ist als beitragsfreie Versicherung wiederum gewinnberechtigt.

Schlussgewinnanteil (für beitragspflichtige Versicherungen)

Ein im Jahre 2014 infolge der bedingungsmäßigen Anspruchsvoraussetzungen fällig werdender Schlussgewinnanteil bemisst sich für jedes beitragspflichtige Versicherungsjahr in Promille des Deckungskapitals zum Zeitpunkt der Fälligkeit. Bei den Tarifen mit Wachstumsplan wird die Anzahl der anrechnungsfähigen Versicherungsjahre den jeweiligen Erhöhungen entsprechend reduziert.

Mindesttodesfallbonus

Der Mindesttodesfallbonus wird in Prozent der Versicherungssumme festgesetzt; bereits zugewählte Gewinnanteile sowie der bei Tod fällig werdende Schlussgewinnanteil werden hierauf angerechnet.

Beitragsbefreiung im Pflegefall (gilt - sofern vereinbart - für Versicherungen nach den Gewinnplänen A4, A7, A11, A14, A15 und A18)

Wird die versicherte Person im Jahre 2014 pflegebedürftig, so entfällt die weitere Beitragszahlung während der Dauer der Pflegebedürftigkeit. Die Beiträge für diese Leistung werden bei Gewinnplan A4 vorab den Bargewinnanteilen entnommen.

Gewinnsätze

Gewinnplan	Tarifart	Zinsgewinnanteil	Risikogewinnanteil	Zusatzgewinnanteil	Schlussgewinnanteil ¹⁾ für das jeweilige Versicherungsjahr	Mindesttodesfallbonus
A4	L/94	0 %	0 %	0 ‰	bis 2002 3,00+n*0,20‰ 2003-2005 1,50+n*0,10‰ 2006-2012 1,65+n*0,11‰ ab 2013 0 ‰	10 %
A7, A8	L/98, VB/98	0 %	0 %	0 ‰	bis 2002 3,00+n*0,20‰ 2003-2005 1,50+n*0,10‰ 2006-2012 1,65+n*0,11‰ ab 2013 0 ‰	10 %
A11, A12	L/00, VB/00	0 %	0 %	0 ‰	bis 2002 3,00+n*0,20‰ 2003-2005 1,50+n*0,10‰ 2006-2012 1,65+n*0,11‰ ab 2013 0 ‰	10 %
A14	LEF/Präs	0 %	0 %	0 ‰	bis 2005 2,10+n*0,10‰	10 %

					2006-2012 ab 2013	2,31+n*0,11 ‰ 0 ‰	
A15, A16	L/04+05 VB/04+05	0,25 %	0 %	0 ‰	bis 2005 2006-2012 ab 2013	1,50+n*0,10 ‰ 1,65+n*0,11 ‰ 0 ‰	10 %
A18, A19, A21	L/07+08 VB/07	0,75 %	0 %	0 ‰	bis 2012 ab 2013	1,65+n*0,11 ‰ 0 ‰	10 %

¹⁾ Mit n wird die Versicherungsdauer in Jahren bezeichnet.

Bei Risikozusatzversicherungen (Gewinnpläne A5, A9, A13, A17 und A20) wird im Todesfall des Versicherten die Versicherungsleistung um einen Todesfallbonus in Prozent der jeweiligen Versicherungssumme erhöht. Der Prozentsatz beträgt 50 % (Gewinnplan A5) bzw. 35 % (Gewinnpläne A9, A13, A17 und A20).

2. Gewinnpläne B (Risikoversicherungen)

Bei Versicherungen mit Todesfallbonus wird bei Tod des Versicherten die Versicherungsleistung erhöht. Der Todesfallbonus bemisst sich in Prozent der jeweiligen Versicherungssumme.

Bei Versicherungen mit Gewinnverrechnung werden die Gewinnanteile mit den Beiträgen verrechnet. Der Gewinnanteil bemisst sich in diesem Fall in Prozent des gewinnberechtigten Beitrages.

Gewinnsätze

Gewinnplan	Tarifart	Todesfall- bonus	Gewinn- verrech- nung
B12, B14 ¹⁾	R/98+00	35 %	25 %
B13, B15	RL/98+00	50 %	35 %
B21, B22, B26, B27 ¹⁾	R/04+07 NR+R	65 %	40 %
B23, B28 ¹⁾	R/04+07 G	35 %	25 %
B30, B31	R/08 NR+R	65 %	40 %
B32	R/08 G	35 %	25 %

¹⁾ Wird die versicherte Person im Jahre 2014 pflegebedürftig, so entfällt die weitere Beitragszahlung während der Dauer der Pflegebedürftigkeit.

3. Gewinnpläne C (Rentenversicherungen)

Gewinnsätze während der Aufschubzeit

Der Bargewinnanteil besteht aus einem Zinsgewinnanteil in Prozent des Deckungskapitals sowie bei beitragspflichtigen Versicherungen außerdem aus einem Zusatzgewinnanteil in Prozent der jährlichen Rente. Er wird als Einmalbeitrag zur Erhöhung der Rente verwendet (Bonusrente), falls keine andere Verwendung vereinbart ist. Die Bonusrente ist als beitragsfreie Versicherung ebenfalls gewinnberechtigt.

Zusätzlich zum vertraglich vereinbarten jährlichen Gewinnanteil (Bargewinnanteil) wird ein Sondergewinn gewährt. Der Sondergewinn wird zur Finanzierung der aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung erforderlichen Auffüllung der Deckungsrückstellung verwendet. Soweit nicht zur

Finanzierung benötigt, wird der Sondergewinn dem Bargewinnanteil entsprechend verwendet. Bezüglich der Zusammensetzung gelten für den Sondergewinn die Bestimmungen des Bargewinnanteiles. Der Sondergewinn wird verzinslich angesammelt und wird, falls der Vertrag während der Aufschubzeit endet, ausgezahlt.

Ein im Jahre 2014 infolge bedingungsmaßiger Anspruchsvoraussetzungen fällig werdender Schlussgewinnanteil bemisst sich für jedes beitragspflichtige Versicherungsjahr in Promille des Deckungskapitals zum Zeitpunkt der Fälligkeit. Bei den Tarifen mit Wachstumsplan wird die Anzahl der anrechnungsfähigen Versicherungsjahre den jeweiligen Erhöhungen entsprechend reduziert.

Gewinnplan	Tarifart	Zinsgewinnanteil		Zusatzgewinnanteil		Schlussgewinnanteil 1) für das jeweilige Versicherungsjahr
		Bar-gewinn	Sonder-gewinn	Bar-gewinn	Sonder-gewinn	
C3, C6, C10, C12, C14	APRR/94 Rte/96+9 9+00	0 %	0 %	0 %	0 %	-
C19, C20	Rte/04	0 %	0,25 %	0 %	0 %	0 ‰
C23	Rte/05 LB	0,25 %	-	0 %	-	bis 2005 1,50+n*0,10 ‰ 2006-2012 1,65+n*0,11 ‰ ab 2013 0 ‰
C24	Rte/05 EB	0,25 %	-	-	-	-
C27, C32, C36, C38	Rte/07+0 8+7/08 LB	0,75 %	-	0 %	-	bis 2012 1,65+n*0,11 ‰ ab 2013 0 ‰
C28, C33, C37, C39	Rte/07+0 8+7/08 EB	0,75 %	-	-	-	-

1) Mit n wird die Aufschubzeit in Jahren bezeichnet.

Gewinnsätze während der Rentenbezugszeit

a) Versicherungen mit jährlicher Rentenerhöhung:

Gewinnplan	Tarifart	Jährlicher Steigerungssatz
C3, C6, C10, C12, C14	APRR/94, Rte/96+99+00	0,25 % [0,00 %] 1)
C19, C20	Rte/04	0,50 % [0,25 %] 1)
C23, C24	Rte/05	0,75 % [0,50 %] 1)
C27, C28, C32-C39	Rte/07+08+7/08	1,25 % [1,00 %] 1)
C40	Rte/12	1,75 % [1,50 %] 1)

1) Hiervon entfallen 0,25 % [0,00 %] auf die Beteiligung an Bewertungsreserven (vgl. Ziffer 10).

b) Versicherungen mit Rentenzuschlag:

Die Versicherungen erhalten mit jeder Rentenzahlung einen Zuschlag. Der Zuschlag zur monatlichen Rente bemisst sich in Prozent des anrechnungsfähigen Einmalbeitrages bzw. des anrechnungsfähigen Deckungskapitals bei Beginn der Rentenzahlungszeit.

Gewinnplan	Tarifart	Rentenzuschlag
C3, C6, C10, C12, C14	APRR/94, Rte/96+99+00	0,003 % 1)
C19, C20	Rte/04	0,018 % 1)
C23, C24	Rte/05	0,033 % 1)
C27, C28, C32-C39	Rte/07+08+7/08	0,063 % 1)
C40	Rte/12	0,093 % 1)

1) Hiervon entfallen 0,003 % auf die Beteiligung an Bewertungsreserven (vgl. Ziffer 10).

c) Versicherungen mit teildynamischer Rente:

Bei den Versicherungen mit teildynamischer Rente werden die Gewinnverwendungen Jährliche Erhöhung und Rentenzuschlag kombiniert.

Gewinnplan	Tarifart	Jährliche Erhöhung	Rentenzuschlag
C19, C20	Rte/04	0 %	0,018 % 1)
C23, C24	Rte/05	0 %	0,033 % 1)
C27, C28, C32-C39	Rte/07+08+7/08	0 %	0,063 % 1)
C40	Rte/12	1,00 % 2) [0,75 %]	0,045 %

1) Hiervon entfallen 0,003 % auf die Beteiligung an Bewertungsreserven (vgl. Ziffer 10).

2) Hiervon entfallen 0,25 % [0,00 %] auf die Beteiligung an Bewertungsreserven (vgl. Ziffer 10).

Bei Risikozusatzversicherungen (Gewinnpläne C4, C7, C8, C15, C22 und C31) wird im Todesfall des Versicherten die Versicherungsleistung um einen Todesfallbonus in Prozent der jeweiligen Versicherungssumme erhöht. Der Prozentsatz beträgt 50 % (Gewinnpläne C4 und C7) bzw. 35 % (Gewinnpläne C8, C15, C22 und C31).

4. Gewinnpläne D (Berufsunfähigkeits(-Zusatz)versicherungen, Erwerbsunfähigkeits(-Zusatz)versicherungen)

Bei Versicherungen mit Gewinnverrechnung werden die Gewinnanteile mit den Beiträgen verrechnet. Der Gewinnanteil bemisst sich in diesem Fall in Prozent des gewinnberechtigten Beitrages. Darüber hinaus wird im Jahre 2014 nach Ablauf des ersten Versicherungsjahres bei Erlöschen der Zusatzversicherung sowie bei Eintritt der Berufsunfähigkeit eine Schlusszahlung in Prozent der gezahlten Jahresbeiträge gewährt.

Bei Versicherungen mit Invaliditätsbonus wird im Leistungsfall die Versicherungsleistung erhöht. Der Invaliditätsbonus bemisst sich in Prozent der garantierten Leistungssumme.

Gewinnsätze

Gewinnplan	Tarifart	Gewinnverrechnung	Schlusszahlung	Invaliditätsbonus
D1	BUZ/94	15 %	10 %	-
D2	BUZ/97	20 %	-	-
D4 1)	BU/98	20 %	-	25 %
D5	BUZ/98	25 %	-	35 %
D6 1)	EU/98	20 %	-	25 %
D7	EUZ/98	25 %	-	35 %
D10 1)	BU/00	25 %	-	35 %
D11	BUZ/00	30 %	-	40 %
D12 1)	EU/00	25 %	-	35 %
D13	EUZ/00	30 %	-	40 %
D20-D23	BUZ/02-Bg	30 %	-	40 %
D38-D41 1)	BUZ/04-Bg	30 %	-	40 %
D42 1)	EU/04	20 %	-	25 %
D43 1)	BU/04	20 %	-	25 %
D44 1)	FBUZ/04	30 %	-	40 %
D46-D48 1)	BUZ/07-Bg	30 %	-	40 %
D54-D56 1)	BUZ/08-Bg	40 %	-	65 %
D57-D59 1)	BU/08	30 %	-	40 %

- 1) Die Versicherten dieser Gewinnpläne können im Jahre 2014 den Präventionsservice zur psycho-sozialen Beratung nicht in Anspruch nehmen.

Bei Tarif BUZL wird bei Eintritt der Berufsunfähigkeit keine Schlusszahlung fällig.

Während der Zeit der Berufs- bzw. Erwerbsunfähigkeit wird ein jährlicher Zinsgewinnanteil in Höhe von 0 % (Gewinnpläne D1-D23), 0,5 % (Gewinnpläne D38-D44) bzw. 1,0 % (Gewinnpläne D46-D59) des maßgeblichen Deckungskapitals gewährt. Er wird je nach Vereinbarung zur Erhöhung der Rentenzahlung verwendet oder verzinslich angesammelt.

5. Gewinnpläne F (Fondsgebundene Lebensversicherungen)

Der Bargewinnanteil besteht aus einem Risikogewinnanteil in Prozent des Risikobeitrages, einem Fondsgewinnanteil in Promille des Fondsguthabens sowie bei beitragspflichtigen Versicherungen zusätzlich aus einem Zusatzgewinnanteil in Prozent des Beitrages. Der Bargewinnanteil wird zur Anlage in dem zugrunde liegenden Fonds verwendet.

Gewinnsätze

Gewinnplan	Tarifart	Risikogewinnanteil	Zusatzgewinnanteil	Fondsgewinnanteil
F1, F2	HFLS,HDLH	-	-	-
F4, F16 1)	FLV	25 %	-	1,5 ‰
F17, F18	FRV	-	-	1,5 ‰

- 1) Wird die versicherte Person im Jahre 2014 pflegebedürftig, so entfällt die weitere Beitragszahlung während der Dauer der Pflegebedürftigkeit.

6. Verzinsliche Ansammlung von Überschussanteilen

Versicherungen, deren Überschussanteile verzinslich angesammelt werden, erhalten neben dem garantierten Rechnungszins einen Ansammlungsüberschussanteil in Höhe des jeweiligen Zinsgewinnanteils.

7. Fondsgebundene Gewinnanlage

Bei den Versicherungen der Gewinnpläne A4, A7, A11, A14, A15, A18, A21, B12, B14, B21-B23, B26-B28, B30-B32, C6, C10, C12, C14, C19, C20, C23, C24, C27, C28, C32, C33, C36-C39, D4, D6, D10, D12, D38-D43, D46-D48 und D54-D59 kann die Fondsgebundene Gewinnanlage vereinbart werden. In diesem Fall werden die vertraglich vereinbarten Gewinnanteile in einem Investmentfonds kumuliert.

8. Abgrenzung

Den gewinnberechtigten Versicherungsverträgen werden im Kalenderjahr 2014 die oben genannten Gewinnanteile zugewiesen. Soweit der Versicherungstichtag nicht mit dem Kalenderjahresbeginn übereinstimmt, gelten für Gewinnanteile, die vor dem Stichtag in 2014 zugeteilt werden, die Vorjahresgewinnsätze anteilig. Für die übrigen Gewinnanteile, die im Kalenderjahr 2014 zugewiesen werden, gelten in diesem Fall die voran stehenden Gewinnsätze anteilig.

9. Direktgutschrift

Die gewinnberechtigten kapitalbildenden Versicherungen erhalten eine Direktgutschrift in Prozent des maßgebenden Guthabens der Versicherungsnehmer. Sie beträgt

- 3,25 % bei Tarifen mit einem Rechnungszins von 1,75 %,
- 2,75 % bei Tarifen mit einem Rechnungszins von 2,25 %,
- 2,25 % bei Tarifen mit einem Rechnungszins von 2,75 %,
- 1,75 % bei Tarifen mit einem Rechnungszins von 3,25 %,
- 1,00 % bei Tarifen mit einem Rechnungszins von 4,00 %.

Die Direktgutschrift beläuft sich jedoch maximal auf einen Betrag in Höhe des Zinsgewinnes gemäß oben stehender Deklaration. Die Direktgutschrift wird auf die Überschussbeteiligung angerechnet.

10. Beteiligung an Bewertungsreserven

Bewertungsreserven entstehen, wenn der Marktwert der Kapitalanlagen über dem Wert liegt, mit dem die Kapitalanlagen in der Bilanz ausgewiesen sind. Die Bewertungsreserven sorgen für Sicherheit und dienen dazu, kurzfristige Ausschläge am Kapitalmarkt auszugleichen. Die Versicherungsverträge werden nach einem verursachungsorientierten Verfahren an den Bewertungsreserven beteiligt (§ 153 VVG).

Die Bewertungsreserven im Sinne von § 153 VVG und deren Zuordnung auf die anspruchsberechtigten Verträge werden jährlich zum 31.12. neu ermittelt (Bewertungsstichtag). Soweit die Bewertungsreserven auf anspruchsberechtigte Versicherungsverträge entfallen, werden sie diesen Verträgen zur Hälfte zugeordnet. Die Zuordnung auf den einzelnen Vertrag erfolgt dabei nach Maßgabe der Höhe des Deckungskapitals und der Dauer, in der es vorlag. Sofern an einzelnen Bewertungsstichtagen keine Bewertungsreserven vorhanden waren, bleiben hierbei Zeiten unberücksichtigt, die vor diesen Stichtagen lagen.

Anspruchsberechtigt sind die Hauptversicherungen der Gewinnpläne A4-A21 und C3-C40.

Der zugeordnete Teil der Bewertungsreserven wird bei Beendigung der Ansparphase ausgezahlt. Bei aufgeschobenen Rentenversicherungen wird – sofern sie in den Rentenbezug übergehen - der zugeordnete Teil bei Rentenbeginn verrentet.

In der Rentenbezugszeit werden Rentenversicherungen über eine angemessen erhöhte laufende Überschussbeteiligung an Bewertungsreserven beteiligt. Abweichend vom zweiten Absatz ist hierfür der Stand der Bewertungsreserven zum Quartalsende vor Deklaration maßgeblich.

Buchhalterisch erfolgt die Auszahlung bzw. Verrentung in Form einer Direktgutschrift.

Wiesbaden, den 14. Februar 2014

Der Vorstand

Göldi

Roppertz